

Beschlussbuch

5

der ordentlichen Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover
am 10. März 2018 in der IGS Badenstedt

10

und

der konstituierenden Vollversammlung der Jusos Region Hannover
am 28. März 2018 im Kurt-Schumacher-Haus

15

#Aufbruchmitlinks

20

Inhaltsverzeichnis

	Arbeitsprogramm 2018/2019 der Jusos Region Hannover: „Jeder Schritt echter Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“ (Karl Marx) - Aufbruch. Mit links! #aufbruchmitlinks4
5	Antragsbereich: Arbeit12
	A1 – Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte.....12
	A3 – Beendigung der sachgrundlosen Befristung.....15
	Antragsbereich: Bildung und Wissenschaft16
10	B1 – Antrag auf Einrichtung eines Kreativforums für Schüler*innen und Lehrer*innen des Landes Niedersachsen.....16
	B2 – Religionsunterricht an Schulen vollständig ersetzen.....17
	B5 – Kostenloses Nachhilfeangebot an niedersächsischen Schulen.....18
	B6 – Keine Werbung für Kindersoldaten - für einen kritischen Umgang mit der Bundeswehr.....19
15	B7 – Abschaffung der sachgrundlosen Befristung – auch in der Wissenschaft21
	B8 – Sonderpädagogik als 2. Fach im Lehramtsstudium.....22
	Antragsbereich: Feminismus23
	F1 – Quote fürs Parlament23
20	F2 – Verpflichtende Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch gesetzliche und private Krankenkassen26
	F3 – Resolution: Gleiche Bezahlung für Frauen* und Männer27
	Antragsbereich: Internationales, Europa und Abrüstung28
	I1 – Frieden für die kurdischen Regionen.....28
25	I2 – Bekämpfung von israelbezogenem Antisemitismus - „Israel wird man ja wohl noch kritisieren dürfen...“29
	I3 – Europäische Mitbestimmung stärken.....30
	I4 – Europaweite Lebensmittelampel.....33
	I5 – Antrag zur Ächtung von Atomwaffen durch die Bundesrepublik Deutschland.....34
	Antragsbereich: Kommunales35
30	K1 – Jugendvertretung zur Pflicht35
	K2 – Kostenloser Eintritt in Museen in der Region Hannover36
	K3 – Ausweitung des Aktiv Pass37
	K4 – Verpflegungsdesaster in Krankenhäusern38
	K5 – Abschaffung der Straßenbaubeitragssatzung.....39
35	K6 – WLAN in den Liegenschaften.....40
	Antragsbereich: ÖPNV - Öffentlicher Personennahverkehr41
	Ö2 – Infrastruktur im ländlichen Raum erhalten/ stärken.....41
	Ö4 – Mehr Strecke fürs Ticket.....42
	Ö5 – Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zur Pflicht.....43
40	Ö6 – Zweisprachige Lautsprecheransagen in Hannover.....44

	Antragsbereich: Wirtschaft	45
	W1 – Gegen die Politik einer „Schwarzen Null“	45
	W3 – E-Sport endlich als Sportart anerkennen	47
	Antragsbereich: Initiativanträge	49
5	Ini1 – Hannover soll auch Jugendkulturhauptstadt werden!	49
	Ini2 – #spderneuern – wenn nicht jetzt, wann dann?	50

**„Jeder Schritt echter Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“
 (Karl Marx) - Aufbruch. Mit links! #aufbruchmitlinks**

5 **Präambel**

Seit der 1969 erfolgten „Linkswende“ sehen wir Jusos uns als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband innerhalb der SPD. Das ist unsere Aufgabe und wir wollen sie auch im neuen Vorstandsjahr 2018/2019 im Unterbezirk Hannover wahrnehmen. Diese drei genannten Themenpunkte sind Grundsätze unserer politischen Arbeit. Wir werden weiterhin auf gesellschaftliche Ungerechtigkeiten aufmerksam machen und diese bekämpfen. Wir werden uns weiterhin für den Feminismus stark machen und wir werden weiterhin für eine offene, friedliche und internationalistische Gesellschaft werben.

10 Sozialismus betont vor allem die Grundwerte Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Am 30.06.2017 wurde die „Ehe für alle“ verabschiedet, die es rechtlich erlaubt, eine gleichgeschlechtliche Ehe einzugehen. Dies ist ein Riesenerfolg für die deutsche Sozialdemokratie. Darauf werden wir aufbauen und auch vor Ort uns für Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit einsetzen.

15 Feminismus ist für uns das Verständnis der Gleichbehandlung aller Geschlechter. Am 06.03.2015 hat der Bundestag eine Frauen*quote für Aufsichtsräte von 30 Prozent für „große Unternehmen“ beschlossen. Dieses Gesetz stellt eine Geschlechterquote dar, die leider nicht von allen DAX-Unternehmen eingehalten wird. Es ist aber ein Schritt in Richtung einer feministischen Gesellschaft. Leider besteht die sogenannte „Gender-Pay-Gap“ weiterhin. Das bedeutet, ein Mann* bekommt in Deutschland im Schnitt 21 % mehr Lohn als eine Frau*, für dieselbe Leistung und Arbeit. Das ist weder feministisch noch solidarisch, sondern schlicht ungerecht. Auf diese Ungerechtigkeit müssen wir aufmerksam machen.

20 Internationalismus bezeichnet den Gegensatz zu Nationalismus. Wir wollen keine Politik der Abschottung, so wie die Rechtspopulist*innen. Wir stehen für eine offene Gesellschaft und ein geeintes Europa. Besonders für letzteres werden wir uns vor Ort stark machen. Ein Europa, das sich zur Solidarität innerhalb Europas, aber auch gegenüber den Migrant*innen verpflichtet. Wir werden auf Risiken und Gefahren für die internationale Gemeinschaft aufmerksam machen und Chancen betonen. Eine zentrale Chance ist die europäische Integration.

25 Solidarität ist uns wichtig. Solidarität gegenüber unseren Mitbürger*innen. Solidarität gegenüber allen Geschlechtern. Solidarität gegenüber allen Menschen in Europa und auf der ganzen Welt.

Leitfaden „Wie schreibe ich einen Antrag?“

5 Analog zu dem bereits existierenden Leitfaden zur Durchführung von
Jahreshauptversammlungen in Juso-Arbeitsgemeinschaften in der Region Hannover möchten
wir weitere Arbeitshilfen ausarbeiten, die unseren Mitgliedern den Juso-Alltag erleichtern
sollen. Konkret ist hierzu ein Leitfaden zum Schreiben eines Antrags für unsere Sitzungen und
Konferenzen geplant. Natürlich kann es ähnliche Leitfäden noch zu vielen weiteren Themen
und Fragestellungen geben. Wir werden ausloten, für welche davon die Ressourcen
aufgebracht werden können, da diese Leitfäden stets einen hohen Arbeitsaufwand mit sich
10 bringen.

Rhetorik-Workshop

Förderung von Frauen* in Debatten durch Awareness-Arbeit

15 In unserer feministischen Arbeit hat Empowerment einen festen Platz. Ein Grund für männlich
dominierte Strukturen im öffentlichen Leben wie auch in Parteien ist die Dominanz im
Auftreten bei Plenarveranstaltungen, Diskussionsrunden, Gremienarbeit, Konferenzen oder
Parteitagungen. Je größer die Veranstaltungen sind und je weniger vertraut die Teilnehmer*innen
miteinander sind, desto deutlicher dominieren Männer*. Dies äußert sich in der Häufigkeit
20 der Wortmeldungen bzw. der Redebeiträge, aber auch im Stil der Beiträge, der sich häufig
durch rhetorische Vehemenz, kämpferische Töne und Pathos auszeichnet. Frauen* werden
dabei benachteiligt, weil sie

- a) nach noch weit verbreiteter, traditioneller Sozialisation eher zu
25 Kompromissbereitschaft als zu Konfrontation erzogen werden.
- b) tendenziell eher inhalts- als stilorientiert sind und daher weniger Berücksichtigung
erfahren als auffällige Redebeiträge von Männern*.
- c) von männlichen Rednern weniger in die Debatte einbezogen werden: Männer*
beziehen sich typischerweise im Verlauf einer Debatte häufiger auf andere männliche
Vorredner als auf weibliche.

30 Da der Austausch von Standpunkten und Argumenten, insbesondere auch bei größeren
Veranstaltungen, wie beispielsweise einer UBK, zentrale Foren der politischen
Interessensartikulation sind, muss die beschriebene Asymmetrie von einem feministischen
Richtungsverband wie den Jusos gelöst werden.

Dazu können insbesondere zwei Mittel herangezogen werden:

- 35 a) verstärkte Awarenessarbeit bezüglich des Umgangs miteinander in Debatten. Hierbei
sind insbesondere Männer* zu adressieren und gezielt auf beschriebene
Verhaltensmuster anzusprechen.
- b) gezielte Förderung rhetorischer Fähigkeiten und des öffentlichen Auftretens von
Frauen*. Dadurch können Frauen* zum einen dazu ermutigt werden, ihre Fähigkeiten
40 selbstbewusster einzusetzen. Zum anderen können sie damit ihre rhetorischen
Fähigkeiten schulen, um besser Gehör zu finden.

Ziel ist es, Frauen* mindestens genauso sehr wie Männer* als aktiven Teil in Debatten und
Diskussionen, insbesondere auch intern, einzubringen. Damit ist verbunden, dass die
Perspektiven und Interessen von Frauen* mehr Beachtung erfahren als bisher und die
45 Attraktivität der Jusos aus feministischer Perspektive erhöht wird.

Projektgruppe „Arbeiter*innenlieder“ weiterentwickeln

Die Wurzeln des Sozialismus in der Arbeiter*innenbewegung. Auseinandersetzung im Rahmen einer Projektgruppe.

5 Die Jusos sehen sich in einer langen historischen Traditionslinie, die in der Ausrichtung unseres
Verbands als sozialistisch zur Geltung kommt. Das Jahr 2018 bietet durch das 100-jährige
Jubiläum der Novemberrevolution einen historisch bedeutsamen Anknüpfungspunkt an diese
Tradition: Vor hundert Jahren zerbrach die deutsche Monarchie am selbst geschürten
Nationalismus und Militarismus in Gestalt des Ersten Weltkriegs. Vor hundert Jahren
10 erkannten die Massen ihre Chance, gründeten Räte von Arbeiter*innen und Soldat*innen, vor
hundert Jahren wehten rote Fahnen über den Residenzen der entmachteten Fürsten. Eine
Folge des Umsturzes war die Einführung des Frauen*wahlrechts noch im selben Jahr. In dieser
kurzen Schilderung deuten sich bereits Werte an, die noch heute prägend für uns
Jungsozialist*innen sind. Der Kampf gegen reaktionäre Kräfte und für die Emanzipation der
15 Arbeiter*innen und der Frauen*, der Kampf gegen nationalistische Hörigkeit und für soziale
Gerechtigkeit.

Dennoch sind die Wurzeln des demokratischen Sozialismus in der Arbeiter*innenbewegung
im Allgemeinen nur vage bekannt.

20 Bereits im vergangenen Jahr hat sich eine Projektgruppe des Unterbezirks mit dem Liedgut
der Arbeiter*innenbewegung und ihrem historischen Kontext beschäftigt. Diese Aktivität gilt
es im neuen Unterbezirksvorstand auszuweiten und nicht ausschließlich auf Liedgut zu
beschränken. Ziel ist es, dass eine regelmäßige Beschäftigung nicht nur mit historischen
Ereignissen, sondern auch mit der Ideengeschichte des Sozialismus angestoßen wird.

25 Fragen nach den Wurzeln, den Entwicklungen, den Ideen und den Erfolgen der
Arbeiter*innenbewegung sollen behandelt werden und können als Anknüpfungspunkte an
andere Organisationen verstanden werden, die historisch-ideell eng mit der unseren
verbunden sind. Hier sind beispielsweise Gewerkschaften zu nennen.

30 Interessierte bekommen so eine Gelegenheit, den Blick für zentrale Gedanken der
Arbeiter*innenbewegung zu schärfen und auch zu einer Verortung unseres Verbands in der
Gegenwart beizutragen. Es gilt ein Narrativ zu entwickeln, dass uns nicht nur mit der
Vergangenheit verbindet, sondern auch in die Zukunft weisend die Frage aufwirft, wie unsere
politischen Ideen die Gesellschaft durchdringen und antreiben können.

Bündnisarbeit

35 Die Bündnisarbeit war in den letzten Jahren für uns ein wichtiger Bestandteil unsere Arbeit.
Aufgrund von immer offener diskutierten rechten Ideen aus verschiedenen Teilen der
Gesellschaft, ist die Bündnisarbeit eine gute Möglichkeit sich mit anderen linken Gruppen zu
vernetzten, um gegen diese menschenverachtenden öffentlichen Meinungsäußerungen
40 entgegenzuwirken. Ebenso wird der Austausch mit anderen Jugendorganisatoren von
demokratischen Parteien immer wichtiger und soll mit einem regelmäßigen Treffen verstärkt
werden, um evtl. gemeinsame Aktion zu planen.

Wir werden uns wieder wie in den letzten Vorstandsjahren im 1. Mai-Bündnis aktiv
engagieren. Wir werden unsere Mitglieder über alle uns verfügbaren Medien mobilisieren, an
45 der Demonstration teilzunehmen und öffentlich für die Arbeiter*innenbewegung Flagge zu
zeigen.

Wir werden zu Demonstrationen gegen Rechts aufrufen und uns in die Organisation dieser
Veranstaltungen mit einbringen.

So wie wir gegen rechtes Gedankengut stehen, stehen wir selbstverständlich auch gegen antisemitische Tendenzen, egal aus welcher politischen oder religiösen Richtung sie verbreitet werden.

5 **Sommerfest**

Auch in diesem Vorstandsjahr möchten wir wieder das Sommerfest ausrichten. Bei diesem Fest kommen wir alle zusammen, um miteinander zu sprechen, zu diskutieren oder einfach innerhalb des Verbandes Spaß zu haben. Die Veranstaltung soll in erster Linie dazu dienen, in entspannter Atmosphäre die verbandsinterne Dynamik zu fördern.

„Auf ein Wort mit ...“

Bei der Veranstaltung „Auf ein Wort mit ...“ laden wir Persönlichkeiten aus dem politischen Alltag zu uns ein, um über bestimmte Themen zu informieren und auch zu diskutieren. Wir werden verschiedene Veranstaltungsformen im Rahmen dieses Formats ausprobieren und die Veranstaltung für einen öffentlichen Austausch nutzen.

Awareness-Konzept

Bereits in den vergangenen Jahren haben wir ein Awareness-Team eingesetzt, diese erfolgreiche Arbeit soll fortgesetzt werden. Das Awareness-Team soll vor allem als Ansprechpartner*in bei Fällen von Sexismus sowie anderer Diskriminierung dienen und hier Betroffenen die nötige Unterstützung bieten. Dazu haben wir eine eigene Awareness-Mailadresse eingerichtet und informieren dauerhaft auf unserer Homepage über die Möglichkeit, sich beim Awareness-Team zu melden. Darüber hinaus setzt sich das Awareness-Team auch weiterhin als Aufgabe, im Juso-Unterbezirk stärker auf das Problem von Sexismus und übergreifendem Verhalten aufmerksam zu machen und dafür zu sensibilisieren. Zu diesem Zweck wird sich das Awareness-Team nicht nur in regelmäßigen Abständen bei der Vollversammlung vorstellen, sondern erklärt dort auch seine Aufgaben und vermittelt Grundwissen über die Awareness-Arbeit.

(Neu-)Mitgliederbetreuung

Ein Unterbezirk ist nur so stark wie seine Mitglieder – deshalb möchten wir weiterhin für aktive und motivierte (Neu-)Mitglieder sorgen. Mit dem Jahr 2017 haben wir das eintrittsstärkste Jahr der SPD seit sehr langer Zeit hinter uns. Unsere Neumitgliederabende in diesem Jahr haben gezeigt, dass in unserem Unterbezirk ein ungebrochen großer Bedarf für dieses Format besteht und in sehr regelmäßigen Abständen gerne viele neue Mitglieder und auch (Noch-)Nicht-Mitglieder zu diesen Abenden kommen, um sich über unsere Strukturen, unsere inhaltlichen Grundsätze und natürlich die Beteiligungsmöglichkeiten auf den unterschiedlichen Ebenen unseres Verbandes zu informieren. Auch das gegenseitige Kennenlernen kommt nicht zu kurz, sodass viele Gesichter hier zum ersten und nicht zum letzten Mal auftauchen. Diese Resonanz freut uns sehr und ist gleichzeitig die Motivation dafür, Neumitgliederabende weiterhin regelmäßig stattfinden zu lassen.

Natürlich wollen wir an dieser Stelle aber auch unsere Erfahrungen nutzen und die Neumitgliederabende weiterentwickeln. So wollen wir beispielsweise die Arbeitsgemeinschaftsvorsitzenden stärker in das Format einbeziehen, um die

Neumitgliederabende als noch direktere Plattform zum Kennenlernen und zum Kontakte knüpfen zu nutzen – auch zu den jeweiligen Jusos vor Ort. Wir wollen auch im Anschluss an die Neumitgliederabende unsere interessierten Neumitglieder intensiver begleiten, indem wir ihnen z.B. mit einer Art „Checkliste für Neumitglieder“ – also einer kleinen Broschüre über die ersten Schritte bei den Jusos und in der SPD in der Region Hannover – oder auch einem handlichen Abkürzungsverzeichnis nützliche Hilfen in den ersten Monaten bei den Jusos an die Hand geben. Und schließlich wollen wir ausprobieren, wie es uns gelingen kann, die Neumitgliederabende auch für Nicht-Mitglieder noch weiter öffnen zu können und besser zu bewerben, um auch die Neumitgliederabende zu Veranstaltungen der Mitgliedergewinnung weiterzuentwickeln.

Frauen*-Abende

Wir wollen dafür sorgen, dass Frauen* weiter gefördert werden. Dafür wollen wir künftig zu Frauen*abenden einladen. Sie sollen den Frauen* als Plattform zum Austausch innerhalb des Verbandes dienen und sie in ihrer politischen Arbeit und Vernetzung untereinander stärken. So sollen unter anderem interessante, starke Frauen* eingeladen werden, die von ihrem Werdegang berichten, mit denen Frauen* sich austauschen, lernen und zu allen beliebigen Themen diskutieren können.

Unterstützt werden soll dies durch die Arbeit des Awareness-Teams.

Vollversammlung

Die Vollversammlung soll im kommenden Jahr einmal im Quartal stattfinden. Sie ist das höchst beschlussfassende Gremium im Unterbezirk zwischen den Unterbezirkskonferenzen, die einmal jährlich stattfinden. Dementsprechend soll den Vollversammlungen die Aufmerksamkeit gegeben werden, die ihnen zusteht. Die inhaltliche Debatte und Arbeit soll durch den größeren zeitlichen Abstand zwischen den Vollversammlungen und den dazwischen stattfindenden Themenabenden gestärkt werden. Auch die Aktivierung und Zusammenarbeit der Juso-Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirk sollen auf diese Weise weiter gefördert werden.

Die Awareness-Arbeit soll aufgrund ihrer enormen Wichtigkeit in den Vollversammlungen weiterhin Raum haben, sich vorzustellen. Es sollen Überlegungen zur Berücksichtigung eines Geschlechterplenums angestellt werden.

Themenabende

Da die Arbeitskreise im letzten Vorstandsjahr leider von den Mitgliedern wenig besucht wurden, werden wir ein Alternativformat entwickeln. Kern dieser Entwicklung stellen die Themenabende dar.

Im Format der Themenabende wollen wir die politische Diskussion über die im Folgenden genannten Themen führen und Veränderungen vorantreiben. Ziel einer Veranstaltung ist es, neben dem Meinungsaustausch mit Mandatsträger*innen auch die Erarbeitung konkreter Anträge, welche wir auf den Vollversammlungen oder auf der Unterbezirkskonferenz diskutieren und gegebenenfalls beschließen wollen. Ziel der Themenabende ist es, auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit konkreten politischen Themen im Verband zu stärken und sowohl kommunalpolitische als auch darüber hinausgehende Konzepte für die Zukunft zu entwickeln.

Diese Veranstaltungen sollen in Kooperation mit den Arbeitsgemeinschaften stattfinden, um die Zusammenarbeit weiter zu verbessern. Wir wollen Vertreter*innen anderer politischer Gruppierungen und Gewerkschaftsjugenden einladen, an den Themenabenden teilzunehmen, um ein breiteres Meinungsspektrum und eine verbreiterte Diskussionsbasis abzubilden.

5 Die Abende sollen regelmäßig stattfinden. Diese Abende sollen von allen Mitgliedern der Jusos Region Hannover, die sich beteiligen möchten, organisiert werden, federführend jedoch vom Unterbezirksvorstand der Jusos Region Hannover.

Die Diskussionen sollen in einen offenen „Mitmach-Format“ stattfinden. An den Abenden wollen wir insbesondere folgende politische Themen diskutieren:

10

Themen:

Wohnungsbau fördern / Bezahlbarer Wohnraum

15 Vor allem in Ballungszentren entwickelt sich die Wohnraumsituation immer weiter in eine sehr negative Richtung. Der Wohnraum wird knapper. Die Mieten steigen und statt bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, werden immer mehr sehr teure Eigentumswohnungen gebaut, welche teilweise sogar unbewohnt sind und nur als Spekulationsobjekt für Reiche und Investmentfonds dienen. Diesem Negativ-Trend wollen wir uns als Jusos der Region Hannover
20 entgegenstellen. Wir wollen, dass wieder mehr bezahlbarer Wohnraum in den Ballungszentren entsteht, zumal immer mehr Menschen vom Land in die Stadt oder in ihre Vororte ziehen. Das Leben in der Stadt darf kein unerreichbarer Luxus werden und sollte allen Menschen, die in einer Stadt leben möchten, ermöglicht werden können. Zum Thema Wohnraum wollen wir Konzepte entwickeln, wie wir Einfluss nehmen können, um
25 bezahlbaren Wohnraum in der gesamten Region Hannover für alle Menschen zu schaffen.

Jugend

30 Die Jugend ist unsere Zukunft. Als Verband, der durch junge Menschen geprägt ist, sehen wir es als unsere Aufgabe mehr für diese Personengruppen zu erreichen, da diese häufig aus dem Fokus der Politik geraten. In besonderem Fokus stehen hier die Bekämpfung der zunehmenden Jugendarmut und das Freizeitangebot für Jugendliche und junge Erwachsene in der Region Hannover.

35 Bildung

Bildung ist eine der elementaren Kernstrukturen unserer Gesellschaft und daher gebührt ihr besondere Aufmerksamkeit. Trotz ihrer enormen Wichtigkeit ist Bildungsgerechtigkeit noch immer nicht gegeben. Wir wollen gemeinsam diskutieren, wie wir das aktuelle Bildungssystem gerechter sowie besser machen können und Lösungsansätze finden. Chancengleichheit ist
40 hierfür ein wichtiger Schlüssel.

Inklusion

45 Um ein friedliches, zufriedenstellendes und gutes Zusammenleben aller Menschen zu gewährleisten, ist Inklusion ein wichtiges Mittel. Inklusion bezieht sich hierbei auf alle sozialen Gruppen, die aus diversen, niederen Gründen nicht vollständig in die Gesellschaft eingeschlossen sind. Wie schaffen wir es, alle Menschen in unsere Mitte zu nehmen und

systematischen Ausschluss dieser Personengruppen zu vermeiden? Diese und andere Fragen wollen wir im Rahmen der Themenabende gemeinsam diskutieren und erörtern.

Gleichstellung

5

Formal haben Frauen * und Männer die gleichen Rechte. Tatsächlich ist es leider so, dass der Grundsatz der Gleichstellung zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch immer nicht verwirklicht ist. Noch immer erhalten Frauen* 21% weniger Lohn als Männer. Das ist nicht gerecht und kann nicht hingenommen werden! Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen* überall die gleichen Chancen wie Männer haben. Wir fordern, dass Frauen* endlich in allen Lebensbereichen gleichgestellt sind, dies gilt besonders für gleiche Bezahlung.

10

Integration

15

Das Thema Integration ist gerade im Hinblick auf die Entwicklung der letzten Jahre ein wichtiges Thema. Wir Jusos setzen uns für eine offene Gesellschaft ein, in der alle die gleichen Freiheiten, Rechte und Pflichten haben sollen. Niemand darf aufgrund seiner Herkunft benachteiligt werden!

20

Internationales

25

In nächsten Jahr sind Europawahlen. Deshalb ist es umso wichtiger sich nun für Europa stark zu machen. Eine gemeinsame Finanzpolitik und Außen-sowie Innenpolitik ist zwingend notwendig, um unsere Gesellschaft und unseren Wohlstand zu erhalten. Vor dem Hintergrund werden wir in diesem Vorstandsjahr die ersten Vorbereitungen für den Europawahlkampf treffen.

30

Darüber hinaus stellen sich die Fragen: „Wie stellt sich Europa international auf?“ und „Welche Rolle kommt hierbei auf Europa zu?“. Insbesondere durch den Rückzug der Vereinigten Staaten von Amerika sollte Europa mehr internationale Verantwortung tragen.

Höhere Juso-Ebenen

35

Die Jusos Region Hannover sind der größte Unterbezirk der Welt. Dieser Umstand verleiht uns auf der einen Seite sehr viel Einfluss, andererseits bringt es uns aber auch in ganz besondere Verantwortung für unseren Verband - insbesondere auf der Bezirks- und der Landesebene. Mit detaillierten sowie verbandsöffentlichen Vorbesprechungen zu den Konferenzen, mit professionellem Auftreten unserer jeweiligen Delegationen, mit vielen verantwortungsvollen Funktionsträger*innen aus der Region Hannover auf den höheren Ebenen in unserem Verband und mit der intensiven Arbeit im Bezirksbeirat und im Landesausschuss füllen wir diese Sonderrolle aus und bringen so unseren Verband auch über die Grenzen der Region Hannover hinaus spürbar voran.

40

45

Wir wollen auf allen Ebenen starke Jusos, die organisatorisch schlagkräftig, personell nachhaltig und inhaltlich klar und fundiert arbeiten. Dazu tragen wir Jusos Region Hannover bei, indem wir die Bezirks- und die Landesebene personell stärken und natürlich inhaltlich klare Akzente setzen. Auch die Vernetzung mit Jusos aus dem gesamten Bezirk und aus ganz Niedersachsen auf Seminaren, Denkfabriken, Verbandswochenenden und anderen Veranstaltungen stellt für uns einen wesentlichen Teil des Verbandslebens dar, an dem alle Mitglieder unseres Unterbezirks mitwirken können und sollten.

Wir und die SPD

Wir Jusos sind die Jugendorganisation der SPD und fühlen uns in kritischer Solidarität unserer Mutterpartei verbunden.

- 5 Als Teil der SPD engagieren wir uns für unsere politischen Vorstellungen und wollen Politik in unserem Sinne gestalten. Dies tun wir als stärkste und einflussreichste progressive Kraft innerhalb der SPD. Wir sehen uns aber auch gleichermaßen als Stimme von vielen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen innerhalb unserer Gesellschaft, ohne die es keine zukunftsgerichtete Politik geben kann. In diesem Sinne möchten wir auch weiterhin in der
- 10 Region Hannover dieser politischen Gestaltungsrolle treu bleiben und klar und deutlich zu diesem Handlungsanspruch stehen, indem wir für eine lebendige, partizipatorische und demokratische Kommune eintreten, die wir als Sozialdemokratie maßgeblich politisch gestalten.

- 15 Auch in einem Vorstandsjahr ohne ordentliche Parteitage in der Region und der Stadt Hannover und ohne Wahlkämpfe (voraussichtlich zumindest) gehört die Auseinandersetzung mit unserer Mutterpartei und die Einigkeit mit ihr im Willen zur Durchsetzung sozialdemokratischer Kommunalpolitik zu einer unserer wichtigsten Aufgaben, der wir gerne nachkommen werden.

20

Antragsbereich: Arbeit

A1	A1 – Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover Nordstadt	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag und SPD-Bundesparteitag	

Antragstext:

Die Jusos stehen genau wie die SPD in einer sehr langen Tradition der Arbeiter*innenbewegung. Die Stärkung der Rechte und der Mitbestimmung der Arbeiter*innen und auch aller anderen Arbeitnehmer*innen sind für uns daher ein elementarer und unverhandelbarer Bestandteil unseres politischen Strebens und die Gewerkschaften sind in dieser Frage unsere natürlich Bündnispartnerinnen. Nach über 150 Jahren dieses Kampfes haben wir gemeinsam viele Errungenschaften erkämpft. Diese Errungenschaften sind allerdings tagtäglich bedroht und müssen daher stets verteidigt, erhalten und ausgeweitet werden. Hierbei dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass sich unsere Gesellschaft und unsere Lebenswirklichkeit in einer immensen Dynamik weiterentwickelt und damit auch die Arbeitswelt einen entsprechenden Wandel erfährt. Das bringt vor allem für die Arbeitnehmer*innen ganz neue Herausforderungen mit sich, auf die es auch im 21. Jahrhundert sozialdemokratische Antworten braucht. Einige dieser konkreten Herausforderungen und die aus ihnen erwachsenden Forderungen sollen im Folgenden thematisiert werden:

15 **Mehr staatliche Verantwortung für eine demokratische und soziale Arbeitswelt**

Wir sehen uns einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Arbeitswelt gegenüber. Der Organisationsgrad von Gewerkschaften sinkt ebenso wie die Zahl an Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen, die von Gewerkschaften vertreten werden und von Tarifverträgen umfasst sind. Dies führt zu einem Ungleichgewicht zwischen den Tarifparteien und hüllt die Tarifaufonomie aus. Der Mindestlohn hat gezeigt, dass staatliche Regulierung als sinnvolle und auch notwendige Ergänzungen zu Vereinbarungen der Tarifparteien zu sehen sind, die den Rahmen der Tarifaufonomie setzen und gesellschaftliche und sozialpolitische Leitplanken setzen. Daher sollten staatliche Regelungen und politischer Gestaltungswille in unserer Arbeitswelt keine falsche und unangebrachte Zurückhaltung an den Tag legen. Die Arbeitswelt braucht politische Gestaltung und den Mut zur Veränderung.

Flexibilität gilt auch für Arbeitgeber*innen - Schluss mit der Teilzeitfalle

Auf dem Arbeitsmarkt gewinnt der Aspekt der umfassenden Flexibilität immer mehr an Bedeutung. Viele Arbeitnehmer*innen sehen sich wachsenden Ansprüchen gegenüber, die von ihnen verlangen, dass sie sich zeitlich und räumlich immer stärker an ihren beruflichen Anforderungen orientieren. Leider gibt es bei aller Flexibilisierung einen Aspekt, der ganz und gar nicht flexibler wird: die Teilzeitfalle. Wer einmal in Teilzeit geht, kommt nur selten wieder in eine Anstellung in Vollzeit zurück. Das kann nicht sein: Wer in Vollzeit arbeiten will, muss das auch dürfen!

Wir fordern:

-ein echtes Teilzeit-Befristungsgesetz, das die Reduzierung von Arbeitszeit mit einer vereinbarten automatischen Rückkehr in Vollzeit verknüpft.

-einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit, der gesetzlich verankert, dass eine Rückkehr von Teil- in Vollzeit für alle Arbeitnehmer*innen gewährleistet ist.

5 **Nur Ausbeutung gehört befristet - Schluss mit der willkürlichen Befristung**

Kettenbefristungen sind eine traurige Realität, die vor allem junge Arbeitnehmer*innen eine mittel- oder langfristige Lebensplanung erheblich erschwert. Dieser Zustand gehört überwunden!

Deshalb fordern wir:

-die sachgrundlose willkürliche Befristung von Arbeitsverträgen restlos abzuschaffen.

10 -der nicht hinnehmbaren Realität von Kettenbefristungen einen wirksamen gesetzlichen Mechanismus entgegensetzen und so Kettenbefristungen tatsächlich zu unterbinden.

-eine klarere Definition und Begründung von Sachgründen zur Befristung von Arbeitsverhältnissen um zu vermeiden, dass diese willkürlich sind.

15 **Gleiche Arbeit verdient gleiche Anerkennung - Schluss mit der Ungleichbehandlung von Leiharbeiter*innen**

Leiharbeiter*innen leisten in vielen Betrieben genauso viel und genauso gute Arbeit wie die jeweiligen Stammbeschaften. Dennoch werden sie gesetzlich als Arbeitnehmer*innen 2. Klasse behandelt. Das muss aufhören!

Wir fordern:

20 -die umfassende Gleichberechtigung von Leiharbeiter*innen gegenüber der Stammbeschaft - sowohl in der Bezahlung als auch in der Frage von Arbeitnehmer*innenrechten.

-zu verbieten, eine Stelle dauerhaft nur durch Leiharbeiter*innen zu besetzen.

Sein statt Schein – Scheinselbstständigkeiten aufdecken und bekämpfen

25 Scheinselbstständigkeit schadet im Wesentlichen dem Scheinselbstständigen selbst und den sozialen Sicherungssystemen. Deshalb muss sie noch effektiver aufgedeckt und unterbunden werden. Damit sorgen wir zugleich für einen immensen Zuwachs von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen – vor allem in den Bereichen, in denen Scheinselbstständigkeit heute noch weit verbreitet ist.

Wir fordern also:

-Scheinselbstständigkeit noch wirkungsvoller zu regulieren und entschlossen dagegen vorzugehen.

30 **App statt Stechuhren? – Für faire und gesunde Arbeitszeitregelungen in der digitalisierten Arbeitswelt**

Räumliche Flexibilisierung kann von Arbeitnehmer*innen als Vorteil empfunden werden, aber es stecken in dieser Entwicklung viele Möglichkeiten, den Arbeitsschutz zu untergraben und auszuhebeln. So werden in Deutschland immer mehr Überstunden weder erfasst noch durch Freizeit ausgeglichen

oder finanziell vergütet. Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang stellt auch die Durchsetzung des wichtigen und notwendigen flächendeckenden Mindestlohns dar.

Wir fordern:

5 -einen zeitgemäßen Arbeitsschutz, der Arbeitnehmer*innen auch in der digitalisierten Arbeitswelt ihre Ruhephasen und ihren Feierabend garantiert.

-gesetzliche Regelungen, die der immensen Unterschlagung von Überstunden in Deutschland endlich Einhalt gebietet.

-die Einführung einer Wochen-Maximalarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

10 **Globalisierung braucht mehr soziale Dimensionen – Für europäische und globale Arbeitnehmer*innenrechte**

Die hier beschriebenen Probleme und Lösungsvorschläge sind keineswegs nur auf die Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. Die Entwicklungen und Herausforderungen ähneln sich in vielen Nationalstaaten, die leider immer noch allein und individuell nach Lösungen suchen und diese Konzepte für sich erproben. Aber ein Ziel sollten alle Arbeitnehmer*innen auf der Welt teilen:
15 menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu einer gerechten Bezahlung für ausnahmslos alle! Im Dienste dieses gemeinsamen Ziels müssen die europäischen und auch die globalen Bemühungen vorangetrieben werden, damit menschenverachtende Arbeitsbedingungen und unwürdige Entlohnung überall auch so benannt und bekämpft werden kann und nicht zu sogenannten „guten Standortbedingungen“ verklärt werden. Daher muss das mittel- bis langfristige Ziel
20 sozialdemokratischer Arbeitspolitik sein, unsere Ziele und Maßnahmen auch europaweit und international durchzusetzen. Bei diesem Globalisierungsprozess der Arbeitnehmer*innenrechte sind die Gewerkschaften unsere wichtigsten Bündnispartnerinnen, die auch ihrerseits ihre Organisationen jenseits der Grenzen von Nationalstaaten weiterentwickeln müssen.

25

A3

A3 – Beendigung der sachgrundlosen Befristung

Antragsteller*innen: Juso-AG Springe

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress und SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

Wir fordern die Beendigung von befristeten Arbeitsverhältnissen. Zudem fordern wir die ersatzlose Abschaffung des § 14 Abs. 1 Nr. 7 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes.

Begründung:

- 5 Eine befristete Beschäftigung sorgt für vielerlei negative Konsequenzen im Leben. Es fehlt dadurch an einer sicheren Zukunft. So kann beispielsweise weder ein Kredit aufgenommen, noch über die Familiengründung nachgedacht werden. Ohne zu wissen, was einen nach der Befristung erwartet, ist eine Zukunftsplanung schlichtweg nicht möglich.

- 10 Zudem ist auch das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitnehmer*in und Arbeitgeber*in geschwächt. Der*die Arbeitnehmer*in kann unter dem ständigen Druck einer befristeten Beschäftigung weder eine Vertrauensbasis zum*zur Arbeitgeber*in aufbauen, noch ist eine langfristig angenehme und produktive Arbeitsatmosphäre zu erwarten.

- 15 Deswegen müssen wir als Sozialdemokratische Partei für ein faires Arbeitsverhältnis sorgen, welches dem Einzelnen eine Zukunft sichert und somit zu einer förderlichen Grundlage der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien führt!

Antragsbereich: Bildung und Wissenschaft

B1	B1 – Antrag auf Einrichtung eines Kreativforums für Schüler*innen und Lehrer*innen des Landes Niedersachsen	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover Südwest	
	Weiterleitungen: Juso Landeskonferenz	

Antragstext:

- Wir fordern die Einrichtung eines zentralen Forums für alle Schulen des Landes Niedersachsens auf dem alle Lehrkräfte und Schüler*innen Ihre kreative Arbeit veröffentlichen können.
- 5 Das Forum soll für jeden Schüler, jeder Schülerin und allen Lehrkräften durch einen individuellen Account nutzbar sein. In diesem Forum soll es die Möglichkeit geben, kreative Ideen auszutauschen, zu diskutieren sowie der Allgemeinheit zur Verfügung stellen zu können. Die Schüler*innen sollen beispielsweise die Möglichkeit bekommen, Gedichte, Texte, Bilder, Filmideen oder Musikstücke zu veröffentlichen, die andere dann nutzen, erweitern, verfilmen, kommentieren etc. können.
- 10 Schüler*innen haben somit die Möglichkeit Ihrer kreativen Arbeit eine Plattform zu geben. Der Musisch-künstlerische Bereich wird durch den Austausch und der Möglichkeit auf Kooperation gestärkt. Des Weiteren entsteht damit eine kostengünstige Möglichkeit für AGs Ihre Arbeit zu veröffentlichen und Ideen zu sammeln. Es entsteht eine kostengünstige kreative Vernetzung der Schulen im Land Niedersachsen.

15

B2

B2 – Religionsunterricht an Schulen vollständig ersetzen

Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover NordOst

Weiterleitungen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Wir fordern, dass der Religions- sowie Werte und Normen-Unterricht an Schulen durch ein gemeinsames Fach ersetzt wird. Dabei sollen die Förderung des interkulturellen Verständnisses sowie die Sensibilisierung gegen Diskriminierung jeder Form im Vordergrund stehen.

5 Begründung:

Religion muss Privatsache sein und bleiben. Wenn der explizite Wunsch nach intensiverer Religionslehre gewünscht ist, soll dies im privaten Umfeld erfolgen.

Die Kinder und Jugendlichen sollen unabhängig von ihrer eigenen Konfession gemeinsam gesellschaftliches Zusammenleben lernen. Die Trennung von Kindern nach Religionen in der Schule ist unserer Ansicht nach ein (wenn auch unbeabsichtigt) falsches Zeichen. Ihnen sollen verschiedene Werte und Normen für ein gutes Zusammenleben vermittelt werden. Das Verständnis für andere Kulturen und Religionen, sowie die Sensibilisierung gegen Diskriminierung jeder Form müssen Bestandteil des Unterrichts werden. Die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen jeder Form sollte ungezwungen erlernt werden. Hierfür würde sich die Lehre in einem verbindlichen „Werte und Normen“-Unterricht hervorragend eignen.

B5

B5 – Kostenloses Nachhilfeangebot an niedersächsischen Schulen

Antragsteller*innen: Juso-AG Südstadt-Bult

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz und Juso-Landeskonferenz

Antragstext:

Wir fordern ein kostenloses Nachhilfeangebot an allen niedersächsischen Schulen.

Dies soll als Angebot unabhängig von der jeweiligen Schulform an allen Schulen existieren. Die Nachhilfe wird von den Lehrkräften sowie freiwilligen Schüler*innen gestaltet, die um dies leisten zu können dementsprechend Platz in ihrem Stundenplan bekommen werden.

5

Begründung:

Schon seit Jahrzehnten fordert die SPD und federführend die Jusos, dass Bildung kostenlos sein muss, damit eine gute Schulbildung kein Privileg der wohlhabenden Bevölkerungsschicht ist.

Doch selbst wenn der Besuch der Schule keine Gebühr kostet, haben Kinder und Jugendliche aus wohlhabenden Elternhäuser auch heute noch klare Vorteile gegenüber ihren anderen Mitschüler*innen: Sie haben die Kapazität um genug Materialien, wie zum Beispiel Lernbücher zu kaufen und können sich wenn die Noten mal schlecht sind eine*n Nachhilfelehrer*in leisten.

10

Mit der Einführung eines kostenlosen Nachhilfeangebots kann ein weiterer Gerechtigkeitsunterschied im Bildungssystem behoben werden.

15

Des Weiteren wird durch die Verpflichtung von älteren Schüler*innen, selber Nachhilfe und Unterstützung zu geben, soziale Kompetenzen gestärkt.

B6

B6 – Keine Werbung für Kindersoldaten - für einen kritischen Umgang mit der Bundeswehr

Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover Nordstadt

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz und Juso-Bundeskongress

Antragstext:

Werbung für die „Arbeitgebermarke Bundeswehr“ (Eigenbezeichnung) ist strikt abzulehnen. Das angemessene Mittel, um junge Menschen über das Berufsbild von Soldat*innen zu informieren, sind Aufklärung, Reflexion und Diskussionen an Schulen unter Leitung von vorbereitetem Lehrpersonal.

5 Begründung:

Um neue Rekrut*innen zu gewinnen, setzt die Bundeswehr sowohl Kommunikationsmittel als auch einen Kommunikationsstil ein, der dazu geeignet ist, junge Menschen zu adressieren. Zu den Kommunikationsmitteln gehört insbesondere die verstärkte Internetwerbung in Gestalt von Chat-Bots („MALIBOT“) für den Facebook-Messenger und Webserien wie „Die Rekruten“ (2016) oder „MALI“ (2017), die über Youtube vertrieben werden. Der Stil der Werbung appelliert an den Abenteuerdrang und, wie sich insbesondere in der aktuellen Kampagne für den MINUSMA-Einsatz in Mali zeigt, das typische Fernweh junger Menschen. Die Plakate, die sich an den Haltestellen des ÖPNV finden oder im Fahrgastfernsehen zu sehen sind, ähneln der Werbung für neue Computer-Spiele, konkret Shooter. Man könnte ohne große Phantasie die Werbemotive der Mali-Kampagne für eine Erweiterung der Action Shooter Reihe Battlefield halten: Drei Soldat*innen in Kampfmontur blicken fest und entschlossen die Zuschauer*innen an, umspielt vom rätselhaften Wüstensand. Auch die Webserien erinnern an bekannte Unterhaltungsformate, indem sie durch Aufnahmen aus dem angeblichen Alltag der Soldat*innen bzw. der Rekrut*innen und das Erzeugen einer emotionalen Verbindung zu diesen Protagonist*innen den Stil einer Doku-Soap imitieren. Dass die Webserien der Bundeswehr gängige TV-Formate nachahmen, zeigt sich auch in der Tatsache, dass sich RTL II die Rechte an „Die Rekruten“ sicherte.

Ziel der Werbekampagne ist offenkundig, das Image der Bundeswehr in den Augen junger Menschen zu verbessern. Die Mittel, die zu diesem Zweck eingesetzt werden, sind deutlich abzulehnen, denn sie werden der besonderen Verantwortung, die der Beruf als Soldat*in mit sich bringt, und auch den brisanten Fragen nach Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht gerecht.

Soldat*innen sind einer außergewöhnlich strengen Hierarchie ausgesetzt und werden dazu ausgebildet, gehorsam zu sein. Gehorsam ist, wie die deutsche Geschichte zeigt, immer eine potentielle Gefahr für eine freie Gesellschaft und die Demokratie. Deshalb benötigen Soldat*innen ein ganz besonderes Maß an Aufklärung und an Reflexionsvermögen, um in der Lage zu sein, die Grenzen des Gehorsams zu erkennen und bei Bedarf aus ihrer Rolle als „Dienende“ ausbrechen zu können. Wenn die Werbekampagne der Bundeswehr aber nicht Menschen mit Reflexionsvermögen, sondern besonders abenteuerlustige Menschen anspricht, wenn sie es zu einem Unterhaltungsevent macht, dass ein junger Rekrut in „Die Rekruten“ eine mit Tape-markierte Linie im Flur nicht überschreiten darf, weil das eben ein Befehl ist, dann entzieht sich die Bundeswehr ihrer Verantwortung.

- Soldat*innen tragen auch deshalb eine besondere Verantwortung, weil sie ausgebildet sind, im Bedarfsfall tödliche Gewalt anzuwenden. Der Fall Franco A. und die damit einhergehenden Terrorermittlungen zeigen, dass die Kombination aus Rassismus, Militärtradition und Zugang und Umgang mit Waffen ein ernstzunehmendes Risiko für die Sicherheit vieler Menschen bedeutet. Die Bundeswehr stellt sich in ihrer Werbekampagne jedoch wie ein realgewordenes Computerspiel dar und lockt damit vor allem Menschen, die ihren Spaß an virtuellen Schießereien auf die Wirklichkeit übertragen können. Damit lädt man zur Verherrlichung von Gewalt ein und schafft möglicherweise langfristig eine Mentalität, die den verantwortungsvollen Umgang mit der Macht, Waffengewalt einsetzen zu können, unterminiert.
- 10 Nicht zuletzt stellen Einsätze der Bundeswehr im Ausland wie beispielsweise im Rahmen der UN-Friedensmission „MINUSMA“ sehr kontroverse politische Streitfragen dar. Sowohl für die eingesetzten Soldat*innen bestehen Risiken (wie der Absturz des Kampfhubschraubers Tiger am 26. Juli 2017 zeigte) wie auch für die Bevölkerungen der Einsatzländer. Ein so vielschichtiges, komplexes und ernsthaftes Thema wie Auslandseinsätze sollte nicht zum Gegenstand einer Imageverbesserung und einer sich
- 15 adoleszent gebenden Werbekampagne werden. Es handelt sich dabei nicht um Abenteuer-camps für energiegeladene junge Menschen, sondern um Extremsituationen in Krisengebieten, die eine enorme Belastbarkeit, eine hohe Opferbereitschaft und eine große interkulturelle Sensibilität erfordern, um verantwortungsvoll wahrgenommen zu werden.
- Aus all diesen Gründen sollte die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover durch Annahme dieses Antrags zum Ausdrücken bringen, dass sie die beschriebene Art der Bundeswehrwerbung deutlich ablehnt. Die Bundeswehr ist kein „normaler Arbeitgeber“ und trägt eine außergewöhnliche Verantwortung, seine Rekrut*innen zu Reflexion und Verantwortungsgefühl anzuregen, ja, solche Eigenschaften gar zum Einstellungskriterium zu erheben. Durch die beschriebene Werbung werden genau gegenteilige Eigenschaften adressiert und eine gefährliche Mentalität, im schlimmsten Fall eine
- 25 unreflektierte Militarisierung der Jugend gefördert.

B7

B7 – Abschaffung der sachgrundlosen Befristung – auch in der Wissenschaft

Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover NordOst

Weiterleitungen: Juso-Landeskonferenz und SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung ist auch in der Wissenschaft durchzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antragstext:

An niedersächsischen Universitäten gibt es lediglich nur noch die Leibniz Universität in Hannover, die das 2. Fach Sonderpädagogik innerhalb des Lehramtsstudiums anbietet. Im Zuge der Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems, dessen Auftrag der Konzeptionierung der "Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der inklusiven Schule" am 20.01.2017 im niedersächsischen Landtag im Kultusausschuss angehört und beschlossen wurde, benötigen Lehrer*innen besondere Kenntnisse in Sonderpädagogik.

Deswegen möchten wir, das die Landesregierung mit allen niedersächsischen Universitäten erörtert, ob sie die entsprechenden Professoren*innen und Dozenten*innen haben, die in der Lage wären wieder das genannte Fach zu lehren. Nach dieser Untersuchung soll der niedersächsische Landtag ein Konzept entwickeln wie die Universitäten dementsprechend unterstützt werden können. Zudem soll überprüft werden, ob eine Schulgesetzesänderung notwendig ist zu Schaffung neuer 2. Fächer oder ein Grundsatzterlass erarbeitet werden muss durch niedersächsische Kultusministerium.

Außerdem sollen alle werdenden Lehrkräfte während ihres Studiums verpflichtend Module in den Bereichen Pädagogik und Sonderpädagogik belegen müssen, damit alle Lehrer*innen die Inklusion adäquat umsetzen können.

Die Landesregierung soll dafür sorgen, dass der (Sonder-)Pädagogikanteil im Lehramtsstudium größer wird. Des Weiteren soll die Landesregierung für ein größeres Angebot an Fortbildungen im Bereich (Sonder-)Pädagogik sorgen und mehr Fortbildungsplätze ermöglichen.

Begründung:

Aktuell beklagen sich viele Lehrer*innen, dass sie nicht wissen wie sie zum Beispiel mit Menschen mit Beeinträchtigungen vernünftig umgehen können. Die Lehrer*innen die in ihrem Lehramtsstudium noch die Wahl der Belegung des Fachs Pädagogik hatten, gehen in naher Zukunft in Pension bzw. Rente. Sonderpädagogische Kenntnisse und Fachwissen werden innerhalb des Studiums nicht ausreichend an die werdenden Lehrer*innen vermittelt wie es vergleichbar Heilpädagog*innen im Studium oder Heilerziehungspfleger*innen in einer Ausbildung lernen. Diese Professionen sind jedoch im niedersächsischen Schuldienst nicht zugelassen zur Lehrer*innenbefähigung.

Ohne Schaffung dieser Fächer werden es die zukünftigen Lehrer*innen schwer haben ihre Fähigkeiten und Talente in einer inklusiv arbeitenden Schule einzusetzen um das didaktische Fachwissen den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im zweiten Bildungsgang zu vermitteln und dem Anspruch und Auftrag der Inklusion gerecht zu werden ohne einen Menschen im Gesamtklassenkollektiv zu benachteiligen und niemanden zu Über - oder Unterfordern. Das soll genau bei der Inklusion verhindert werden.

Antragsbereich: Feminismus

F1	F1 – Quote fürs Parlament	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover Nordstadt	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundekongress und SPD-Bezirksparteitag	

Antragstext:

5 Parlamente müssen grundsätzlich paritätisch mit Frauen* besetzt sein, um als demokratisch legitimiertes Organ der Gesetzgebung angemessen die Bevölkerung abzubilden. Nur so kann eine Repräsentation der Wähler*innen erreicht werden.

Daher fordern wir, das Wahlrecht dahingehend zu ändern, dass eine entsprechende Zusammensetzung der Parlamente gewährleistet wird. Dazu fordern wir als ersten wichtigen Schritt für die Bundestags- und Landtagswahlen:

- 10 1. Direktmandate werden wie bisher durch die Parteien aufgestellt und in direkter Wahl durch die Bürger*innen gewählt.
2. Sollten die von einer Partei errungenen Direktmandate mehrheitlich männlich besetzt sein, ziehen über die übrigen Listenplätze ausschließlich Frauen* in das Parlament ein, bis eine paritätische Besetzung von 50% erreicht ist.
- 15 3. Im Übrigen, falls also von einer Partei keine Direktmandate erzielt wurden oder für die weiteren Plätze nachdem eine Besetzung mit 50% Frauen* erreicht wurde, ziehen die Kandidat*innen der Liste im Reißverschlussverfahren ein.
4. Sofern keine weiteren Frauen* mehr auf der Liste stehen um die errungenen Plätze in diesem Verfahren zu besetzen, verfallen die übrigen Mandate einer Partei.

20 Wünschenswert bleibt daneben eine stärkere Besetzung mit Frauen* bei der Nachbesetzung von Wahlkreisen. Für Kommunalwahlen sind durch die Länder entsprechende Regelungen, die eine Parität sicherstellen, zu verabschieden. Ebenso gilt dies für die Wahlen zum europäischen Parlament.

Begründung:

Wo stehen wir?

25 Es ist traurige Realität, dass wir auch 99 Jahre nach Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen* noch immer keine geschlechtergerechte Besetzung der Parlamente, unserer Gesetzgebungsorgane, erreicht haben. Nicht nur sind wir von einem Frauen*anteil von 50%, wie er dem Anteil der Frauen* an der Wahlbevölkerung entsprechen würde, in Bundestag und Landtagen weit entfernt. Im Jahr 2017 hat sich der Frauen*anteil sowohl im Bundestag als auch im niedersächsischen Landtag sogar noch verringert.

30 Derzeit beträgt der Frauen*anteil der Bundestagsabgeordneten nur 31 %. Im letzten Bundestag, bis 2017, waren es immerhin 37,1 %. Zum Vergleich: 1990 lag der Frauen*anteil im Bundestag immernoch bei desaströsen 20,5 %, 1998 stieg er auf 30, 9%, während es 2002 mit 32,5% sogar mehr als heute waren.

Schaut man auf den Anstieg des Frauen*anteils der vergangenen Legislaturperioden wird klar, dass sich eine paritätische Besetzung des Parlaments auf absehbare Zeit nicht von alleine ergeben wird. Es handelt sich um keine Nachwehe des viel zu spät anerkannten Frauen*wahlrechts, sondern um ein strukturelles Problem der Politik. Und diese strukturelle Benachteiligung ist dort am stärksten ausgeprägt, wo es kein Gegengewicht durch verbindliche Frauen*quoten gibt. So ist der Frauen*anteil in den Fraktionen der Grünen, der Linken und der SPD mit jeweils über 40%, teilweise sogar über 50% nahezu ausgeglichen (Grüne: 58,2%; Linke: 53,6%; SPD: 41,8%). In jenen Parteien, die sich selber keine Quotierung für Wahllisten auferlegt haben, ist der Frauen*anteil dagegen deutlich schlechter oder auch so gut wie nicht existent (CDU: 19,9 %, FDP: 22,5 %; AFD: 10,8 %).

Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf den ebenfalls 2017 neu gewählten niedersächsischen Landtag. Hier beträgt der Frauen*anteil seit der Wahl sogar nur 27,7 %. Bis zur Wahl 2017 waren es hier dagegen noch 31,4% Frauen*. Der niedersächsische Landtag liegt damit sogar noch weiter jenseits einer gleichberechtigten Repräsentation der Bevölkerung als der Bundestag.

Wo wollen wir hin?

Eine gleichberechtigte Beteiligung im Parlament, nur das ist fair und nur das ist demokratisch. Wo Gesetze gemacht und Entscheidungen getroffen werden müssen Frauen* zu gleichen Teilen beteiligt werden. In unserer repräsentativen Demokratie muss die Bevölkerung einen effektiven Einfluss die Staatsorgane haben. Tatsächlich fehlt Frauen* dieser Einfluss jedoch, da sie im Parlament nicht repräsentativ vertreten sind. Ihre Interessen und Perspektiven bleiben im Wesentlichen unberücksichtigt.

Wenn aber 50 % der Bevölkerung in unseren Parlamenten nicht ausreichend vertreten sind, untergräbt das nicht nur die demokratische Legitimation dieser Institutionen, es heißt zugleich auch, dass die männliche Hälfte der Bevölkerung mit ihren Interessen und Vorstellungen überrepräsentiert sind.

Bei allen Gleichstellungsdebatten in beruflichem oder familiärem Umfeld darf nicht ausgeblendet werden, dass es gerade die Politik ist, von der aus die Rahmenbedingungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens gesetzt werden. Gerade unserer Gesetzgebung darf daher die weibliche Perspektive nicht fehlen, gerade dadurch wird das patriarchale System, in dem nur Männer die Regeln machen, gestützt!

Es zeigt sich damit, dass das Patriarchat nicht nur zu einer männlichen Dominanz in der Wirtschafts- und Arbeitswelt führt, auch in der Politik besteht ein krasses Missverhältnis bei der Repräsentanz der Geschlechter. Selbst die EU-Kommission hat bereits 2013 ein solches Missverhältnis von Männern und Frauen* in der Wirtschaft wie auch in der Politik in vielen EU-Mitgliedsstaaten scharf kritisiert und als undemokratisch bewertet - und Maßnahmen von den Mitgliedern gefordert. In unseren Nachbarländern hat dies zum Teil bereits gefruchtet, dort wurden in Frankreich, Irland, Belgien, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien und Griechenland mittlerweile Quoten-Regelungen für Wahlen eingeführt.

Wie kommen wir zum Ziel?

Die Männer werden die Positionen nicht freiwillig räumen um für mehr Frauen* in der Politik Platz zu machen. Nachdem 100 Jahre seit Einführung des Frauen*wahlrechts nicht genug Zeit waren, um Frauen* in der Politik angemessen zu berücksichtigen, wird sich das Problem nicht von allein lösen. Es handelt sich dabei um keine Einzelfälle oder individuelle Probleme von Frauen*, die benachteiligt

werden – die Diskriminierung hat System. Deshalb braucht es klare Regelungen, die eine paritätische Teilhabe von Frauen* an der Politik sicherstellen – für alle Parteien. Nur so können bestehende Strukturen, die Frauen* von politischen Mandaten abhalten, aufgebrochen werden.

5 Eine verbindliche Quote für unsere Parlamente ist der einzige Weg, um Frauen* gleichberechtigt in politische Entscheidungen einzubinden; um sicherzustellen, dass die Interessen von Frauen* Gehör finden; und um eine lange überfällige Förderung von Frauen* in der Politik zu erreichen. Wir brauchen Vorbilder, die anderen Frauen* das Gefühl geben, den Schritt in die Politik wagen und dort etwas erreichen zu können. Wir müssen aber auch die Voraussetzungen politischen Engagements überdenken und Hindernisse verschiedenster Art abbauen, welche talentierte und qualifizierte
10 Frauen* von politischen Ambitionen abhalten. Die Frauen*quote ist dafür nur ein erster Schritt, aber ein entscheidender. Gleichzeitig ist die Quote auch hier wie überall kein Selbstzweck, sondern soll letztendlich durch eine eigenständig funktionierende paritätische Besetzung der Parlamente überflüssig werden.

15 Ziel muss sein, dass nicht nur jene Fraktionen paritätisch besetzt sind, welche sich freiwillig und parteiintern eine Quote gegeben haben, sondern ALLE. Parteien, die eine entsprechende Berücksichtigung von Frauen* auf ihren Wahllisten nicht gewährleisten, muss als Konsequenz der Verlust von Parlamentssitzen drohen, um die Quotierung auch gegenüber jenen Parteien durchsetzen zu können, welche das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe der Geschlechter an der politischen Entscheidungsfindung nicht teilen. Von demokratischer, gleichberechtigter Teilhabe kann sich keine
20 Partei ausnehmen, sie muss unbedingte Voraussetzung für die Beteiligung in einem Parlament sein.

F2

F2 – Verpflichtende Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch gesetzliche und private Krankenkassen

Antragsteller*innen: Juso-AG Vahrenwald-List

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz und SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Die Jusos Region Hannover mögen beschließen, dass Schwangerschaftsabbrüche ohne medizinische Indikation voll von gesetzlichen und privaten Krankenkassen bezahlt werden, wie es bereits bei Schwangerschaftsabbrüchen mit medizinischer oder kriminologischer Indikation der Fall ist. Sobald es eine Bürger*innenversicherung gibt, soll dieses ebenfalls von dieser bezahlt werden.

Begründung:

Zurzeit bezahlen die gesetzlichen und privaten Krankenkasse ausschließlich die verpflichtenden Beratungsgespräche, Heilmittel und bei eventuellen Komplikationen durch den Abbruch. Die eigentlichen Kosten sind von der Versicherten selbst zu tragen.

Bei geringen Einkommen unter 1075 Euro netto (Stand: 2015, https://www.profamilia.de/fileadmin/publikationen/Reihe_Koerper_und_Sexualitaet/schwangerschaftsabbruch.pdf) kann eine Kostenübernahme bei der jeweiligen Krankenkasse gestellt werden. Hier müssen Vermögens- und Einkommensverhältnisse offen gelegt werden, es darf kein kurzfristig verfügbares Vermögen vorhanden sein. Liegt das Einkommen über der festgelegten Grenzen müssen die Kosten von je nach Eingriff bis zu 800 Euro selbst getragen werden.

Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung gehört zu den Grundpfeilern des Feminismus. Von einer Frau die eine Schwangerschaft abbrechen möchte zu verlangen, dass sie ihre finanzielle Situation offenlegt und unter Umständen eine hohe finanzielle Belastung eingehen muss, steht diesem körperlichen Selbstbestimmungsrecht entgegen. Ein Schwangerschaftsabbruch muss als eine medizinische Leistung akzeptiert werden und ebenso behandelt werden.

F3

F3 – Resolution: Gleiche Bezahlung für Frauen* und Männer

Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover NordOst

Weiterleitungen:

Antragstext:

Wir fordern ein Gesetz zur gleichen Bezahlung von Frauen* und Männern. Die SPD soll sich im besonderen Maße für ein solches Gesetz einsetzen.

Begründung:

- 5 Erfolgt mündlich.

Antragsbereich: Internationales, Europa und Abrüstung

11	I1 – Frieden für die kurdischen Regionen	
	Antragsteller*innen: Vollversammlung der Jusos Region Hannover	
	Weiterleitungen: Juso Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz und Juso-Bundeskongress	

Antragstext:

5 Der Angriffskrieg der Regierung Erdogans auf die kurdisch besiedelten Teile Syriens muss von der deutschen Regierungs- und Parteienseite auf das Schärfste verurteilt werden und endlich der Erdogan-Regierung klar machen, dass mit diesem militärischen Eingriff eine Grenze überschritten wurde. Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die vom Militäreinsatz betroffen sind und verstärken unsere Bemühungen uns mit kurdischen Migrant*innenselbstorganisationen zu vernetzen.

Wir werden uns verstärkt thematisch mit dem Thema auseinandersetzen. Wir fordern die Bundesregierung weiterhin dazu auf, sich für einen nachhaltigen Frieden in der Region einzusetzen.

10 Begründung:

15 Die Erdogan-Regierung genießt bereits zu lange eine Narrenfreiheit und führt unmenschliche Angriffe in der arabischen Region. Der inhumane und völkerrechtswidrige Krieg, der nun in Afrin und weiteren kurdischen Gebieten geführt wird, stellt einen neuen Tiefpunkt der türkischen Außenpolitik dar. Gleichzeitig sitzen tausende Journalist*innen, Oppositionspolitiker*innen und Freiheitskämpfer*innen in Gefangenschaft und mehr und mehr wandelt sich die einst liberale Türkei zu einer fundamentalistischen Diktatur, die das Völkerrecht, die Menschenrechte und die Minderheitsrechte der Kurd*innen mit Füßen tritt. Mit einer solchen Regierung paktiert die Regierung Merkel und sichert so den Autokraten und seine Schergen ab. Gerade in Hannover leben viele kurdisch stämmige Bürger*innen, weshalb eine Positionierung zu diesem Thema geboten ist, besonders nach den Protesten vor dem türkischen Konsulat in Hannover.

20 Darüber hinaus ist es unsere Pflicht als Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen, uns für die unterdrückten Völker dieser Erde und für die Schwachen und Entrechteten einzusetzen.

12

12 – Bekämpfung von israelbezogenem Antisemitismus - „Israel wird man ja wohl noch kritisieren dürfen...“

AntragstellerInnen: Juso-AG Hannover Nordstadt

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag und SPD-Bezirksparteitag

Antragstext:

Antisemitismus wird mehrheitlich über versteckte Kommunikation geäußert. Der häufigste Umweg ist der israelbezogene Antisemitismus, der mit jedem Aufflammen des Nahost-Konflikts auf schmerzhaft Weise deutlich wird. So wird Kritik an der israelischen Regierungspolitik, insbesondere im Umgang mit Palästinenser*innen, als Deckmantel für antisemitische Ressentiments genutzt, die den Staat Israel dämonisieren oder altbekannte antisemitische Feindbilder auf Israel projizieren wie beispielsweise den Vorwurf der Brunnenvergiftung.

Die Gefährdung durch diesen verdeckten Antisemitismus nimmt noch dadurch zu, dass er nicht auf dezidiert rechte politische Kreise beschränkt ist, sondern in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus und politischen Bewegungen zum Ausdruck kommt. Israelbezogener Antisemitismus muss daher als eigenständiges Problem erkannt und bekämpft werden.

Diese Zielsetzung kann auf verschiedene Weisen umgesetzt werden.

- a) Verstärkte **Zusammenarbeit** mit Gruppen, Stiftungen, Vereinen, die sich gegen Antisemitismus einsetzen. Dieser Aspekt kann vom Unterbezirksvorstand der Jusos Region Hannover für die Bündnisarbeit berücksichtigt werden.
- b) Interne **Sensibilisierung** für israelbezogenen Antisemitismus. Leitfäden dafür können auf verschiedenem Wege bezogen werden.
- c) **Öffentlichkeitswirksame** Positionierung gegen israelbezogenen Antisemitismus und konkrete Äußerungen, in denen entsprechend Ressentiments zum Ausdruck kommen. Außerdem ein klares und vernehmbares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und Förderung eines lebendigen Gedenkens an die Verbrechen der Shoa.

Aus historischer Verantwortung und tiefer Überzeugung gegen alle menschenverachtenden Ideologien machen wir somit klar: Nie darf vergessen werden, zu welchen grausamen Taten antisemitische Gedanken und Äußerungen bereits geführt haben. Nicht nur klassischer, sondern auch israelbezogener Antisemitismus hat in unserer Gesellschaft keinen Platz und als Jugendverband, der auf eine gerechte und solidarische Welt hinarbeitet, fühlen wir uns dazu verpflichtet, jeglichem antisemitischem Gedankengut entschlossen entgegenzutreten.

13

13 – Europäische Mitbestimmung stärken

Antragsteller*innen: Juso-AG Burgwedel

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz

Antragstext:

Die Jusos fordern hiermit, die SPD möge,

- 5 a.) sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, die in Art 49 und 54 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vereinbarte Niederlassungsfreiheit dahingehend einzuschränken, dass sie nicht dazu genutzt werden kann nationale Mitbestimmungsrechte auszuhebeln,
- 10 b.) sich national für ein Mitbestimmungserstreckungsgesetz einzusetzen, welches in Deutschland tätige Rechtsformen der Pflicht unterwirft, entweder einen mitbestimmten Aufsichtsrat einzusetzen, oder aber Vertreter der Beschäftigten an den anders gearteten Leitungsorganen des Unternehmens zu beteiligen,
- c.) weiterhin Bestrebungen zur Ermöglichung der Europäischen Privatgesellschaft zu blockieren,
- 15 d.) sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) um ein Sozialstaatsprinzip zu ergänzen, welches den anderen im Vertrag vereinbarten Grundsätzen und Grundfreiheiten vorrangig ist und ausdrücklich auch den Geist und Auslegungsrahmen bereits beschlossener Richtlinien ergänzt.
- e.) sich langfristig dafür einsetzen, eine europäische Mitbestimmung zu erreichen.

Begründung:

- a.) mangelnde sozialstaatliche Wirklichkeit in den EU-Verträgen und der Auslegung des EuGHs

20 Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) regelt die Arbeitsweise der Union und bildet zusammen mit dem Vertrag über die Europäische Union die Verträge, auf die sich die Union gründet. Diese rechtlich gleichrangigen Verträge regeln dabei unter anderem den Rahmen des Europäischen Binnenmarkts, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet sein soll. Zu diesem Zweck bestimmt der Vertrag (in den Art 45 bis Art. 66) unter anderem die 4 Grundfreiheiten der Union; die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Niederlassungsfreiheit, 25 die Dienstleistungsfreiheit sowie die Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit. Der Vertrag verbietet in diesem Zusammenhang im Grundsatz alle nationalen Maßnahmen, die zu entsprechenden Einschränkungen dieser Freiheiten führen könnten. Während die Verträge hinsichtlich ökonomischer Fragestellungen zum Teil weitreichende Detailregelungen enthalten und der EU umfangreiche Zuständigkeiten zugewiesen werden, beschränken sich im Bereich der Sozialpolitik die Zuständigkeiten 30 der Europäische Union im Wesentlichen auf eine Unterstützung der sozialpolitischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie, in bestimmten Bereichen, auf die Aufstellung von Mindeststandards insbesondere hinsichtlich der Rechte von Arbeitnehmern. Stets wird die primäre Verantwortung den Mitgliedstaaten für diesen Bereich zugewiesen. Leider hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) hier nicht als Korrektiv wirkt, sondern sich bei der Interpretation 35 der Verträge stark an der aktuell weitestgehend neo-liberalen Ausrichtung der EU orientiert bzw. diese sogar voran treibt und dabei von einer regelrecht Arbeitnehmerinteressen verachtenden, rein auf 1/4

ökonomische Freiheiten, fixierten Ideologie geleitet zu sein scheint. Der EuGH betreibt dabei eine sehr weitgehende Rechtsfortbildung durch Richterrecht. Beispielhaft sei hier nur das Urteil vom 09. November 2017 (C-306/16) genannt, in der das Gericht es erlaubt hat, dass nationales Arbeitsrecht die Arbeit an bis zu zwölf aufeinander folgenden Tagen am Stück ohne finanziellen Ausgleich zulassen kann. Eine solche Freigabe des Schuftens bis zum Umfallen ist im Ergebnis nicht weniger als ein Angriff auf die Gesundheit der Beschäftigten, denn wer lange arbeitet, muss die Möglichkeit haben sich zu regenerieren. Die Bedürfnisse der abhängig Beschäftigten werden hierbei vollkommen ignoriert und ‚Work-Life-Balance‘ verkommt zur hohlen Phrase. Viel entscheidender ist jedoch, dass eine derartige Ausprägung und Auslegung der Verträge zunehmend die Gefahr birgt, dass es innerhalb der EU zu einem Wettbewerb der Unterbietung von Sozialstandards kommen wird. Insbesondere Luxemburg, die Niederlande und Irland haben in den letzten Jahren mit erschreckender Schnelligkeit und „Kaltblütigkeit“ ihre Gesetze (insbes. das Gesellschafts- und Steuerrecht) jeweils so angepasst, dass sie ausländischen Unternehmen die Möglichkeiten boten, die Steuer-, Gesellschafts- und Sozialgesetzgebung anderer Staaten zu umgehen.

b.) Angriff auf die Mitbestimmung durch Polbud-Urteil vom 25. Oktober 2017 (C-106/16)

Eine dramatische Angriffsmöglichkeit auf die Sozialstandards, insbesondere die Regelungen zur Mitbestimmung, hat der EuGH nun mit dem Polbud-Urteil geliefert und dabei offenkündig jede erträgliche Grenze richterlicher Rechtsfortbildung bei weitem überschritten. Im Kern geht es in dem Urteil um die in den Artikeln 49 und 54 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) niedergelegte Niederlassungsfreiheit, welche das Gericht schon immer sehr weit ausgelegt hat. Diese schützt nach Auslegung des EuGHs die Möglichkeit, ein in Deutschland tätiges Unternehmen mit einer ausländischen, in anderen EU-Ländern legalen, Rechtsform zu gründen, etwa als britische „Limited“. Eine deutsche Kapitalgesellschaft müsste einen mitbestimmten Aufsichtsrat einsetzen, würde sie über die mitbestimmungsrelevanten Schwellen von 500 (Drittelbeteiligung im Aufsichtsrat) oder 2.000 Inlandsbeschäftigten (paritätische Beteiligung) hinauswachsen. Nicht aber die Limited oder eine andere ausländische, mitbestimmungsfreie Rechtsform. Hierüber ist der EuGH nunmehr jedoch noch hinausgegangen in dem er die sog. isolierte Satzungssitzverlegung erlaubt hat. Nach Auffassung des Gerichts unterliegt damit letztlich auch der nachträgliche ausschließliche Rechtsformenwechsel ebenfalls dem Schutz des Europarechts, und darf durch nationale Regelungen nicht „weniger attraktiv“ gemacht werden. Für den Rechtsformenwechsel ist es damit nicht mal notwendig, den Verwaltungssitz der Gesellschaft in das Zielland zu verlagern; weder eine Verlegung der wirtschaftlichen Tätigkeit in das Zielland, noch überhaupt eine realwirtschaftliche Betä. Der EuGH will nicht mal dann einen Missbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten erkennen, wenn die Sitzverlegung keinen anderen Zweck verfolgt, als „in den Genuss günstigerer Rechtsvorschriften zu kommen“. Selbst diese Art des „Regime-Shopping“ fällt danach explizit in den Schutzbereich der europäischen Niederlassungsfreiheit. Es ist beinahe gruselig, wie widersprüchlich der Senat hierzu argumentieren musste, um die bisherige Rechtsprechung des EuGHs damit irgendwie in einen scheinbaren Einklang zu bringen. Was zunächst jedoch wie eine eher theoretische Diskussion aussieht, ist eine tickende Zeitbombe für die europäischen Arbeitnehmerrechte. Die Gefahr für die Beteiligungsrechte der Beschäftigten ist offensichtlich: Unternehmen können sich aus mitbestimmten Rechtsformen nunmehr unter dem Schutz des Europarechts „hinausverlagern“. Je nach Sektor und Unternehmensgrößen könnten in den nächsten Jahren viele Unternehmen versucht sein, sich ihrer mitbestimmten Aufsichtsräte unter Berufung auf Polbud zu entledigen. Gezielte „Hinausverlagerungen“ dürften insbesondere dort zu befürchten sein, wo Unternehmen die Überschreitung der mitbestimmungsrelevanten Schwellen erstmals bevorsteht. Unabhängig von der Zahl der tatsächlich zu erwartenden „Hinausverlagerungen“

ist in dem Urteil ein ungeheurerlicher Eingriff in das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu sehen, den der EuGH hier vorgenommen hat. Man versetze sich in die Lage der Arbeitnehmerbank eines Aufsichtsrats, in dem gerade eine für die Beschäftigten wichtige Entscheidung ansteht – eine Verschärfung des unternehmensinternen Standortwettbewerbs etwa oder die Bestellung eines umstrittenen Personalvorstands. Dank des EuGH haben sich die Machtressourcen, die sich nunmehr gegen die Arbeitnehmerbank einsetzen lassen, vergrößert. Polbud bedeutet nichts anderes, als dass die Kapitalvertreter im Aufsichtsrat jederzeit mit dem Rechtsformenwechsel drohen können, um die Arbeitnehmervertreter gefügig zu machen.

c.) Politische Aufgabe auf europäischer Ebene

10 Diese Auswüchse des europäischen Richterrechts müssen daher unbedingt durch politische Maßnahmen wieder zurückgedrängt werden. Insbesondere vor den aktuellen Diskussionen um die Erneuerung der EU und der starken Ablehnung der EU durch weite Teile der europäischen Bevölkerung, ist es essentiell, die Gestaltung des sozialpolitischen Rahmens nicht der Zufälligkeit von Gerichtsentscheidungen zu überlassen. Vielmehr muss die Politik hier klarmachen, im Interesse der EU-Bürger zu handeln. Wichtig ist dabei die Einsicht, dass der normative Gehalt und der Anwendungsbereich der europäischen Marktfreiheiten der politischen Steuerung zugänglich sind und sein müssen. Eine Besinnung auf die Ziele des freien Handels sind hierbei - genauso wie bei der Diskussion um Freihandelsabkommen - von besonderer Wichtigkeit. Die Grundfreiheiten sind nicht dazu geschaffen worden, einigen Wenigen eine zunehmende Akkumulation von Kapital möglichst widerstandslos zu offerieren. Für die Interpretation der europäischen Grundfreiheiten muss daher verbindlich festgelegt werden, dass diese nur dann gelten, wenn sie nicht sozialpolitischen Interessen entgegenstehen. Ferner ist Regime-Shopping 3/4 (genauso wie im Treaty-Shopping im Steuerrecht) klar als Missbrauch von rechtlichen Gestaltungen zu definieren, zu verhindern und zu sanktionieren.

d.) Politische Aufgabe auf nationaler Ebene

25 Handlungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene sind vor diesem Hintergrund ebenso überfällig. So bestünde zum Beispiel die Möglichkeit ein Mitbestimmungserstreckungsgesetz zu schaffen, das in Deutschland tätige Rechtsformen der Pflicht unterwirft, entweder einen mitbestimmten Aufsichtsrat einzusetzen, oder aber Vertreter der Beschäftigten an den anders gearteten Leitungsorganen des Unternehmens zu beteiligen. Ein solches Gesetz fordern die Gewerkschaften schon lange und die Sozialdemokratie sollte sich dem nicht entziehen. Hierbei darf keineswegs wieder im Vorfeld antizipiert werden, dass die Kommission die Europarechtskonformität eines solchen Gesetzes behaupten wird. Die Erfolgchancen Deutschlands angesichts des Erzberger-Urteils des EuGHs sollten nicht unterschätzt werden. Ferner würde dies insgesamt ein starkes Signal sein. Ferner darf die bisher von Deutschland, wegen der Möglichkeiten zur Mitbestimmungsvermeidung, blockierten Europäischen Privatgesellschaft („Europa GmbH“) nicht umgesetzt werden. Die Einführung ist nunmehr leider im Sondierungspapier gut versteckt auf Seite 18 im Kapitel zur Innenpolitik, dort im Unterpunkt „Recht“, und hier in einem eigentlich von der Digitalisierung handelnden Spiegelstrich vereinbart worden. Eine solche Gesetzesänderung würde Möglichkeiten zur Mitbestimmungsvermeidung aber nicht beseitigen, sondern sogar zusätzlich maximieren und einem Mitbestimmungserstreckungsgesetz damit diametral gegenüberstehen.

14

I4 – Europaweite Lebensmittelampel

Antragsteller*innen: Juso-AG Südstadt-Bult

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress und SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

Wir fordern die europaweite Einführung einer sogenannten Lebensmittelampel. Diese soll auf allen verarbeiteten Lebensmittel deutlich aufgeführt werden und in den Farben grün (unbedenklich), gelb (bedenklich) und rot (ungesund) dargestellt werden. Es soll der Gehalt von Zucker, Salz, Fett und gesättigter Fettsäure auf einer Grundlage von 100g ausgewiesen werden. Zusätzlich können weitere gesundheitsschädliche Inhaltsstoffe angegeben werden.

Begründung:

Immer mehr Lebensmittel beinhalten gefährlich hohe Mengen an Zucker und Salz. Hinzu kommt das die Industrie diese mit undurchsichtigen Abkürzungen Kennzeichnet. Diese ungesunde Ernährung führt bei immer jüngeren Menschen zu Krankheiten, wie zum Beispiel Diabetes, die auch das Gesundheitssystem belasten. Eine Lebensmittelampel würde es ermöglichen ohne Fachwissen abschätzen zu können, wie ungesund oder gesund ein Produkt ist.

15

15 – Antrag zur Ächtung von Atomwaffen durch die Bundesrepublik Deutschland

Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover NordOst

Weiterleitungen:

Antragstext:

Wir fordern, dass die Bundesrepublik Deutschland eine führende Rolle in der weltweiten atomaren Abrüstung und Ächtung von Atomwaffen einnimmt. Deswegen fordern wir

1. den Abzug aller Atomwaffen aus deutschem Staatsgebiet,
2. die Schaffung einer wirksamen Regelung im Rahmen der nuklearen Teilhabe, die es der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht, bei Stationierung und Lagerung von Nuklearwaffen und atomwaffenfähigem Material durch andere Mitgliedsländer auf deutschem Staatsgebiet ein Veto einzulegen.

Begründung:

- 10 Erfolgt mündlich.

Antragsbereich: Kommunales

K1	K1 – Jugendvertretung zur Pflicht	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Springe	
	Weiterleitungen: Juso-Landeskonferenz und SPD-Landesparteitag	

Antragstext:

Wir fordern die gesetzliche Implementierung von Partizipationsmöglichkeiten Heranwachsender im kommunalpolitischen Kontext. Dazu fordern wir die Änderung des § 36 NKomVG von:

- 5 „Gemeinden und Samtgemeinden sollen Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. 2 Hierzu sollen die Gemeinden und Samtgemeinden über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.“

zu:

- 10 „Gemeinden und Samtgemeinden [haben die Pflicht] Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben [...] in angemessener Weise beteiligen. 2 Hierzu sollen die Gemeinden und Samtgemeinden über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner hinaus [eine Jugendvertretung aufstellen, die in einer Gemeinde die Aufgabe der Repräsentation Jugendlicher Interessen wahr nimmt.]“

15 **Begründung:**

Auch Jugendliche leben in der Kommune und müssen deshalb ein Mitspracherecht bei kommunalpolitischen Entscheidungen haben! Dies soll durch die Kommunen sichergestellt werden.

K2

K2 – Kostenloser Eintritt in Museen in der Region Hannover

Antragsteller*innen: Juso-AG Südstadt-Bult

Weiterleitungen: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Stadtverbandsparteitag und SPD-Stadtratsfraktion zur Kenntnis

Antragstext:

Wir fordern eine verstärkte Förderung der Museen in der Region Hannover, so dass der Eintrittspreis für den Museumsbesuch für Bürger*innen künftig entfällt. Zeitgleich darf die Qualität der Museen nicht darunter leiden bzw. soll sogar durch steigende finanzielle Ressourcen zunehmen.

5 Begründung:

Museen sind sowohl eine Bildungsstätte, als auch ein Kulturträger. Da wir als Sozialdemokrat*innen schon seit jeher fordern, dass Bildung kostenlos sein muss, ist der kostenlose Zugang zu Museen eine

10 Einige Museen in Hannover sind bereits kostenlos, wie zum Beispiel das Designmuseum oder das Museum für Energiegeschichte. Andere Museen in Hannover, wie zum Beispiel das Sprengelmuseum, sind zumindest an einem Wochentag kostenfrei.

Ein dauerhafter kostenloser Eintritt kann die Motivation an Museumsbesuchen erhöhen, Chancenungerechtigkeiten verringern und einen Beitrag zum Abbau von Bildungsungerechtigkeiten leisten.

K3

K3 – Ausweitung des Aktiv Pass

Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover Südwest

Weiterleitungen: SPD-Unterbezirksparteitag und
SPD-Regionsfraktion zur Kenntnis

Antragstext:

Wir fordern eine Ausweitung des in der Landeshauptstadt sehr beliebten AktivPasses auch auf die Umlandkommunen der Region Hannover.

Begründung:

- 5 Der Hannover AktivPass wird kommunal finanziert. Fast 100000 Menschen in der Landeshauptstadt Hannover erhalten diesen. Damit werden die Teilhabemöglichkeiten von einkommensschwachen Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Bildung, Kultur und Freizeit gestärkt. Allerdings gibt es diese Möglichkeit nicht in den Umlandkommunen der Region Hannover. Teilweise gibt es hier eigene Ansätze, jedoch nicht flächendeckend und auch nicht in dem Umfang mit dem AktivPass vergleichbar.
- 10 Diese Ungerechtigkeit und zwei Klassengesellschaft von einkommensschwachen Familien zwischen Landeshauptstadt und Umland muss abgeschafft werden.

K4

K4 – Verpflegungsdesaster in Krankenhäusern

Antragsteller*innen: Juso-AG Springe

Weiterleitungen: SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Wir fordern eine deutliche Verbesserung der Verpflegung in Krankenhäusern, Altenheimen und sonstigen Kliniken.

5 Die Qualität der Speisen ist, BESONDERS im Gesundheitswesen, ein essentieller Punkt welcher angegangen werden muss.

10 Durch lange Garzeiten und die Vereinfachung der Hygieneprozesse im Bereich der Lebensmittelzubereitung verschwindet ein Großteil der Vitamine im Essen. Eingefahrene Hygieneprozesse, welche unter wirtschaftlichem Zeitdruck erfüllt werden müssen, sind nicht mehr mit der Qualität zu vereinbaren, welche die Genesung kranker Menschen unterstützt. Die fehlenden Vitamine machen das Essen im Gesundheitsbereich nicht zu einem qualitativen Produkt, sondern stellen die Würde kranker Menschen in Frage. Der Kostendruck der Großküchen lässt eine auf den Patienten angepasste und genesungsfördernde Ernährung nicht zu.

15 Utopisch ist nicht nur das Abkochen des Essens bis zur Sterilität, sondern auch die Energie, welche mit dem sogenannten „Cook&Chill“-Verfahren eingesetzt wird. In vielen Arbeitsschritten wird das Essen erst gekocht, um es dann direkt wieder abzukühlen. Da die Großküche in Empelde nur an drei Tagen in Betrieb ist und nahezu alle Krankenhäuser der KRH damit versorgt werden, stehen die zubereiteten Speisen einerseits lange im Kühlhaus, andererseits können sich trotz der Kühlung Keime über einen längeren Zeitraum verbreiten.

20 Eine Gesellschaft, welche im privaten Leben immer mehr auf gesunde Ernährung und vitaminreiche Lebensmittel achtet, steht in deutlichem Widerspruch zur erhaltenen Leistung in den Krankenhäusern.

K5

K5 – Abschaffung der Straßenbaubeitragssatzung

Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover NordOst

Weiterleitungen: SPD-Stadtverbandsparteitag und
SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Wir fordern, die Teilfinanzierung von Straßenausbaumaßnahmen durch die Kostenbeteiligung von Anlieger*innen (Straßenausbaubeitragssatzung SABS/STRABS) abzuschaffen. Das somit den Kommunen fehlende Geld soll durch höhere Steuereinnahmen gedeckt werden.

5 Begründung:

10 Mit einer Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes im letzten Jahr erhalten Städte und Gemeinden künftig die Möglichkeit, die Finanzierung des Straßenausbaues durch Anlieger*innen abzuschaffen oder zumindest die Kostenbelastung durch die Kostenverteilung auf mehrere Schultern deutlich zu mildern. Eine gerechte Gegenfinanzierung bei Abschaffung der SABS/STRABS durch eine
15 moderate Erhöhung der Steuereinnahmen beteiligt alle und hält die Kosten für alle Einwohner*innen gering. Die der SPD angelastete Zersetzung der kommunalen Solidarität wird wirkungsvoll gestoppt. In Hamburg beispielsweise wurde die SABS/STRABS in 2016 abgeschafft. Der Beschluss zur Streichung der entsprechenden Vorschriften ergab sich auch aus der Tatsache, dass sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen aus den Ausbaubeiträgen und deren Erhebungsaufwand als unwirtschaftlich erwiesen
20 hat. Ähnliches ist auch bei einer Studie für Hannover herausgefunden worden. Eine Umlegung auf z.B. die Grundsteuer würde zu einer Mehrbelastung von nur 10 Euro pro Jahr führen, im Vergleich zu der Möglichkeit, dass Einzelne bis zu fünfstelligen Beträge für die Sanierungen bezahlen müssen.

Die Aussage unseres OB Stefan Schostok, dass die Erneuerung von Straßen allen Bürger*innen zu Gute kommt und zur Verbesserung des Erscheinungsbildes der Stadt beiträgt, ist richtig. Richtig ist aber
20 auch, dass das, was allen Bürger*innen dient, auch von allen finanziert werden sollte. Sozialverträglich gestaltete Steuern bieten dazu die beste Praktikabilität.

K6

K6 – WLAN in den Liegenschaften

Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover Südwest

Weiterleitungen: SPD-Stadtratsfraktion zur Kenntnis
und SPD-Regionsfraktion zur Kenntnis

Antragstext:

Wir fordern die Landeshauptstadt Hannover, als auch die Region Hannover auf in allen Liegenschaften kostenloses WLAN für alle Bürger*innen bereitzustellen. Hierbei soll ein einheitliches Verschlüsselungssystem stattfinden.

- 5 Nach einmaliger Anmeldung soll mit einem Nutzerprofil, der Zugang möglich sein an allen Liegenschaften.

Begründung:

- 10 In vielen Liegenschaften ist aufgrund der Bauweise oder der Lage kein Zugang zu mobilen Daten möglich. Um die digitalisierte Gesellschaft in der Region zu unterstützen ist ein kostenloses Bereitstellen überfällig. Außerdem wirkt sich dies positiv auf Tourismus und Gewerbe aus – es ist ein Instrument des Stadtmarketings. Als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge kann der Internetzugang auch bei geringeren finanziellen Mitteln frei zugänglich genutzt werden.

Antragsbereich: ÖPNV - Öffentlicher Personennahverkehr

Ö2	Ö2 – Infrastruktur im ländlichen Raum erhalten/ stärken	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Springe	
	Weiterleitungen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Regionsfraktion zur Kenntnis und SPD-Landesparteitag	

Antragstext:

Wir fordern den Erhalt ländlicher Infrastrukturen in der Region Hannover. Es ist wichtig, dass jeder Bürger an das Verkehrsnetz angebunden ist. Dieses müssen wir in der Region Hannover sicherstellen.

5 Begründung:

Vor allem im ländlichen Raum gibt es viele Ortschaften, dessen Bürger darauf angewiesen sind, mit öffentlichen Verkehrsmitteln ihren Nahrungs- und Lebensmittelpunkt zu erreichen. Um soziale Integration zu fördern und peripherer Abschottung entgegen zu wirken, ist die Erhaltung und Verbesserung der Nahverkehrsmittel unerlässlich.

10

Ö4	Ö4 – Mehr Strecke fürs Ticket	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Südstadt-Bult	
	Weiterleitungen: SPD Unterbezirksparteitag und SPD-Regionsfraktion zur Kenntnis	

Antragstext:

Wir fordern die Ausweitung des Kurzstreckentickets für Fahrten mit dem Bus bis zur siebten Haltestelle nach dem Einstieg und für Fahrten mit der Stadtbahn bis zur vierten Haltestelle nach dem Einstieg. Wenn die Ausweitung des Kurzstreckentickets zu einer erhöhten Nachfrage führt, soll das Kurzstreckenticket schrittweise wieder ausgeweitet werden, bis es für Fahrten mit dem Bus bis zur zehnten Haltestelle nach dem Einstieg und für Fahrten mit der Stadtbahn bis zur sechsten Haltestelle nach dem Einstieg gilt.

Begründung:

Das Kurzstreckenticket der Üstra ist ein wichtiges Angebot, um die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs in Hannover zu steigern. Die derzeitige Ausgestaltung des Angebots greift aber zu kurz, um einen deutlichen Beitrag zur Entlastung des Straßenverkehrs in Hannover zu leisten:

- Im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten liegen die Ticketpreise für den öffentlichen Nahverkehr in Hannover im Mittelfeld. Hier ist also noch Spielraum für eine Stadt, die eine nachhaltige Verbesserung der Luftqualität anstrebt.
- Eine Ausweitung des Kurzstreckentickets soll insbesondere Kunden ansprechen, die über keine MobilCard oder ein Abo verfügen. Es ist ein zusätzliches Angebot, das auf eine Erweiterung des Kundenkreises des öffentlichen Nahverkehrs zielt.
- Eine Ausweitung des Kurzstreckentickets stellt einen Anreiz dar, bei kurzen Strecken in der Stadt auf das Auto zu verzichten, da dann auch mit Bus und Bahn.

20

Ö5

Ö5 – Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zur Pflicht

Antragsteller*innen: Juso-AG Springe

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag und SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Wir fordern die Umsetzung der Barrierefreiheit, auch im öffentlichen Nah- und Fernverkehr.

Begründung:

5 In unserem gesellschaftlichen Aktionismus, dem Streben nach Erfolg, verlieren wir oft unseren Blick
auf Menschen, die unter ganz anderen Voraussetzungen ein Leben führen. Menschen mit
körperlichen, geistigen oder psychischen Krankheitsbildern begegnen uns immer wieder beim
Einkaufen, am Bahnhof oder bei der Arbeit. Leider haben wir ein lückenhaftes Versorgungsnetz, um
auch diesen Menschen die uneingeschränkte Teilhabe am Leben zu bieten. Deshalb fordern wir
10 barrierefreie Zugänge zu allen Bushaltestellen und Bahnhöfen, sowie ein Markierungssystem für Busse
und Bahnen (z.B. mit Symbolen der „leichten Sprache“), laute Haltestellenansagen auch an
Bushaltestellen, sowie die Einführung von Fahrplänen in Braille-Schrift und Haltemarkierungen am
Boden durch Rillen, damit auch Menschen mit einer Sinnesbehinderung eine möglichst stressfreie
Nutzung der Verkehrsmittel ermöglicht werden kann. Gerade die öffentlichen Verkehrsmittel sind für
viele Menschen, von Krankheit betroffen oder auch nicht, der Zugang zur Gesellschaft.

15

Ö6	Ö6 – Zweisprachige Lautsprecheransagen in Hannover	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Südstadt-Bult	
	Weiterleitungen: SPD-Unterbezirksparteitag	

Antragstext:

Wir fordern die Einführung von englischen Lautsprecherdurchsagen zusätzlich zu den deutschen Lautsprecherdurchsagen in allen Bahnen & Bussen der Üstra in der Region Hannover, unabhängig von Messezeiten.

5 **Begründung:**

Hannover ist eine Stadt mit internationalem Stellenwert. So haben zum Beispiel im Jahr 2015 499.893 Gäste aus dem Ausland in Hannover übernachtet. Diese sollten ebenfalls die Möglichkeit bekommen, ohne Probleme den ÖPNV in Hannover nutzen zu können.

10

Antragsbereich: Wirtschaft

W1	W1 – Gegen die Politik einer „Schwarzen Null“	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Burgwedel	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz und Juso-Bundeskongress	

Antragstext:

Die Jusos fordern hiermit,

- 5 a) eine Umverteilung der Haushaltsmittel zugunsten einer zukunftsorientierten und generationengerechten Investitionsoffensive.
- b) die SPD möge sich zu einer aktiven nachfrageorientierten Haushalts- und Finanzpolitik bekennen und klar das Ziel der Stärkung des deutschen Binnenmarkts verfolgen. Die SPD möge sich für die Erhöhung der Einnahmen im Staatshaushalt einsetzen, zum Beispiel durch eine reformierte Kapitalertragssteuer und die Einführung einer Vermögenssteuer.
- 10 c) die SPD soll dazu für eine Wirtschaftspolitik eintreten, die einen Abbau deutscher Handelsbilanzüberschüsse zur Folge hat und sich einsetzen für eine dauerhafte Einhaltung des, im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verankerten, Ziels eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.
- 15 d) die SPD soll ermöglichen, dass durch Investitionen des Staates auch antizyklische Wirtschaftspolitik betrieben werden kann. Die SPD soll sich dennoch dafür einsetzen, dass Deutschland seine Schulden abbaut und langfristig schuldenfrei wird, um die Gesellschaft von der Zinslast zu befreien.
- 20 e) bis zur Einführung geänderter gesetzlicher Grundlagen soll sich die SPD dafür einsetzen, die auch im Zuge der „Schuldenbremse“ verbliebenen Kreditaufnahmemöglichkeiten des Bundes voll auszuschöpfen, um den riesigen infrastrukturellen Modernisierungstau abzubauen.

Begründung:

Durch die Neuregelungen der Staatsverschuldung im Jahr 2009 (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d Grundgesetz - GG) wird für Bund und Länder der Grundsatz eines ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts festgeschrieben. Für den Bund ist ein strukturelles Defizit 0,35 vom Hundert des Bruttoinlandsproduktes möglich, für die Länder ist nicht mal diese geringe Verschuldung erlaubt. Die vollständige Einhaltung der neuen Grenzen betrifft den Bund seit dem Jahr 2016 und ist für die Länder spätestens ab dem Jahr 2020 obligatorisch. Einige Verfassungsrechtler sehen sogar eine faktisch frühere Umsetzung geboten. Einige Länder haben diese sog. Schuldenbremse zusätzlich in ihre Landesverfassung übernommen und ggf. schon frühere Anwendungszeitpunkte festgelegt. Die dahinterstehende Politik wird im Allgemeinen auch als „schwarze Null“ bezeichnet, da die Haushalte Ausgaben im Wesentlichen nur noch mit „echten“ Einnahmen ausgleichen dürfen.

Sog. Schuldenbremsen ergeben sich mittel- oder unmittelbar auch aus europäischem Recht. Im Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union verpflichten sich die Mitgliedsländer grundsätzlich zu einer Neuverschuldung von maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und einem maximalen Schuldenstand von 60 % des Bruttoinlandsprodukts. Durch den Europäischen Fiskalpakt vom 2.3.2012 wurden diese Regelungen weiter konkretisiert und Sanktionen bei Nichteinhaltung

vereinbart. Länder, deren jährliche Neuverschuldung (bereinigt um konjunkturelle Defizite) 0,5 % des jeweiligen BIP oder deren Gesamtschuldenquote 60 % des BIP überschreitet, verpflichten sich, ihre Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramme mit Maßnahmen zum Abbau der Verschuldung der EU-Kommission und dem Europäischen Rat vorzulegen und von diesen genehmigen zu lassen.

5 Sowohl die nationalen Regelungen zur Schuldenbremse, als auch die europäischen Regelungen sind abzulehnen, da

- auf fehlerhaften ökonomischen Annahmen basieren,
- mittelfristig eine weitgehende finanz- und steuerpolitische Selbstentmachtung der Parlamente und Regierungen darstellen und demokratische Prozesse zunehmend dysfunktional (erscheinen lassen) werden und daher demokratiegefährdend wirken, bzw. ein tiefes Misstrauen gegen demokratische Prozesse offenbaren,
- 10 • sich hieraus mittelfristig ein Angriff auf den Sozialstaat ergeben dürfte, der sich insbesondere dadurch verstärken dürfte, da
- die Einnahmeseite (insbesondere im europäischen Kontext) völlig unbeachtet bleibt und von internationaler Seite (z.B. OECD) sogar regelmäßig noch der Ruf nach Steuersenkungen ertönt und
- 15 • Anreize zum Unterlassen wichtiger Zukunftsinvestitionen schaffen,
- Anreize zu immer weiterer Privatisierung und weiteren teuren ÖPP-Modellen schaffen,
- das zentrale Ziel der Zukunftsvorsorge einer Volkswirtschaft auf die Stabilisierung des Schuldenstandes der öffentlichen Hand reduziert und damit unterkomplexe Steuerungsziele verfolgt werden,
- 20 • insgesamt damit gerade das Gegenteil von Generationengerechtigkeit bewirken

Ferner führt die in den letzten Jahren durchgeführte Haushaltspolitik der schwarzen Null bzw. der Haushaltskonsolidierung zu

- 25 • einem gigantischen Investitionsstau,
- zu einer völligen Exportfixierung der deutschen Wirtschaft,
- zu einem historischen Außenhandelsungleichgewicht, welches den Wohlstand Deutschlands und Europas massiv bedroht.

30

W3

W3 – E-Sport endlich als Sportart anerkennen

Antragsteller*innen: Juso-AG Hannover NordOst

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress und SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

Wir erkennen die wachsende Bedeutung der E-Sport-Landschaft in Deutschland an. Da E-Sport wichtige Fähigkeiten schult, die nicht nur in der digitalen Welt von Bedeutung sind, Training und Sportstrukturen erfordert, werden wir E-Sport künftig vollständig als eigene Sportart mit Vereins- und Verbandsrecht anerkennen und bei der Schaffung einer olympischen Perspektive unterstützen.

Begründung:

Es ist an der Zeit, dass E-Sports in Deutschland rechtlich als Sportart anerkannt werden.

So sind meist junge E-Sportler*innen gegenüber anerkannten Sportler*innen benachteiligt, da sie z.B. nicht von der Schule für Turniere freigestellt werden können, da es im Schulgesetz keine rechtliche Grundlage dafür gibt. Die meisten E-Sportler*innen werden vor dem Vollenden des 18 Lebensjahrs rekrutiert und sind damit schulpflichtig. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) weigert sich bis heute E-Sports als Sportart anzuerkennen. Es gibt bereits staatlich anerkannte Sport Verbände in den Europäischen Staaten Niederlanden, Bulgarien, Großbritannien und Schweden. Deutschland sollte dem Trend folgen. Die fortschreitende Digitalisierung in Deutschland ist ein guter Anlass, um das jetzt umzusetzen, vor allem hilft es Deutschland sich als modernes Land zu repräsentieren.

E-Sports ist der Wettkampf zwischen Menschen mit Hilfe von Computerspielen. In der Regel werden Wettkämpfe im Mehrspielermodus ausgetragen, sowohl als Individualsportart (Eins gegen Eins) oder als Mannschaftssport. So sind vor allem die geistigen und motorischen Fähigkeiten wichtig, um im Wettkampf erfolgreich zu sein. Motorisch sind für den*die Spieler*in vor allem Hand-Augen-Koordination, Reaktionsgeschwindigkeit und Durchhaltevermögen von Bedeutung. Räumliches Orientierungsvermögen, Spielübersicht, Spielverständnis, taktische Ausrichtung, vorausschauendes und laterales Denken zählen zu den geistigen Anforderungen.

Verschiedene E-Sports Szenen sind an einer Kooperation mit der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) interessiert. In Deutschland ist bislang kein Dopingfall aufgetreten. Die (deutsche) Nationalen-Anti-Doping-Agentur (NADA) kontrolliert auf Turnieren die Spieler*innen auf Konzentrationsfördernde Substanzen.

Deutschland hatte mit der Cebit auch ein Großes E-Sports Turnier. Nach der Fachbezogenen Spezialisierung (der Ausrichtung auf Fachbesucher) ist ein großes E-Sports Event aus Hannover nach Polen, Katowice ausgewandert.

Wie in anderen Sportarten ist es im E-Sports auch üblich die Talente in jungen Jahren zu scouten und zu fördern. Hier besteht ein großes Problem für die jungen Talente, da sie keine Unterstützung der Schule erhalten können und so auch die Eltern mehr Ressentiment gegen eine Karriere im E-Sports haben.

Definition E-Sports WIKIPEDIA

Deutsche Vereine wie der 1. FC Nürnberg, der FC Schalke 04, der VfB Stuttgart, der VfL Bochum, RB Leipzig oder der VfL Wolfsburg, haben eigene E-Sports Abteilungen hierfür.

Wirtschaftliche Größe


- 5 43 Millionen Zuschauer*innen beim League of Legends World Championship Finals im Vergleich US-Basketball-Liga NBA 7. Finalspiel 31 Millionen Zuschauer. In der ESL (eine E-Sports-Liga) weltweit gibt es 7.4 Millionen angemeldete Mitglieder. Umsätze in Deutschland 2016, 300 Millionen.

(<http://www.dw.com/de/esport-fordert-unterst%C3%BCtzung-von-wada/a-39670585>)

- 10 <https://www.pwc.de/de/technologie-medien-und-telekommunikation/pwc-studie-esports-170817.pdf>

WIKIPEDIA, E-Sports

Antragsbereich: Initiativanträge

	Ini1 – Hannover soll auch Jugendkulturhauptstadt werden!	
	Antragsteller*innen: Juso-Unterbezirksvorstand	

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hannover hat sich mit einer sehr großen Mehrheit dafür ausgesprochen, sich als europäische Kulturhauptstadt 2025 zu bewerben und wir begrüßen das ausdrücklich.

- 5 Schon alleine durch die Bewerbung werden in der Stadt Diskussionen über die Kultur und deren Förderung angestoßen, die der Stadt guttun werden. Zudem sind wir der vollsten Überzeugung, dass Hannover das Zeug dazu hat Kulturhauptstadt zu werden.

- 10 Derzeit werden verschiedenste Konzepte aus den Köpfen der Stadt, dem Rat und zuletzt auch der Kulturszene öffentlich diskutiert. Es geht dabei um Slogans, einen neu zu bauenden Konzertsaal und vor Allem um die Deutungshoheit. Und auch wenn die Beteiligung der Bürger*innen Teil aller Konzepte ist, scheint es schon ziemlich genaue Vorstellungen davon zu geben, wie die Bewerbung auszusehen hat und was sie mit Hannover machen soll.

Dabei ergibt sich das Gefühl, dass es um die Untermauerung bestehender Institutionen gehen soll.

Hannover hat fantastische Museen – wir wollen sie schöner machen.

- 15 Hannover hat tolle Theater – wir wollen mehr davon.

Hannover hat mehrere Konzertsäle – wir wollen einen besseren.

Gar nicht, oder nur am Rande, wird dabei der Fokus auf die Jugendkultur gelegt. Dabei kann Hannover auch hier glänzen, sei es Street Art, Poetry Slam oder die Clubkultur – Hannover ist für junge Menschen attraktiv und auch das wollen wir Europa zeigen!

- 20 Nicht zuletzt wegen der Kultur ziehen auch immer mehr Menschen nach Hannover und sorgen dafür, dass die Stadt noch spannender, bunter und schöner wird.

Deswegen fordern wir die Kulturpolitiker*innen und handelnde Akteure auf: Bindet die Jugend ein!

Gemeinsam können wir es schaffen!

Antragstext:

2017 hat die SPD ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl eingefahren. Dieses Ergebnis muss eine historische Zäsur darstellen. Ein „weiter so“ darf es nicht geben.

5 Wir brauchen jetzt eine Erneuerung der SPD. Dabei darf es keine Rücksicht darauf geben, dass wir jetzt in Regierungsverantwortung im Bund sind. 2002 haben wir das letzte Mal eine Bundestagswahl gewonnen, selbst vom Ergebnis von 2005 sind wir meilenweit entfernt.

Diese Erneuerung kann nicht von einzelnen Personen ausgehen. Nur wenn die SPD auf allen Ebenen ihre Verantwortung ernst nimmt, kann es gelingen wieder das Vertrauen der Menschen zu gewinnen.

10 Das Wort „Erneuerung“ wurde in den letzten Jahren häufig in den Mund genommen. Passiert ist wenig. Wir erwarten jetzt konkrete inhaltliche Veränderungen in folgenden Punkten:

1. Verteilungsgerechtigkeit ernst nehmen
 - Einführung einer Vermögenssteuer und einer Finanztransaktionssteuer
 - Einführung einer Kindergrundsicherung
 - Wir wollen eine Überwindung prekärer Beschäftigung hin zu mehr Normalarbeitsverhältnissen durch arbeitspolitische Maßnahmen.
- 15 2. Gute Arbeit umsetzen
 - Betriebsratsgründungen unterstützen und Gewerkschafter*innen rechtlich schützen
 - Arbeitszeitverkürzung umsetzen
 - Maßnahmen, damit Frauen* zukünftig das gleiche Geld für die gleiche Arbeit erhalten
- 20 3. Gleichstellung durchsetzen
 - Antifeministischen Rollback bekämpfen
 - Mehr Geld für Frauenhäuser
- 25 4. Investitionsstau beenden
 - Flächendeckende Investitionen in bezahlbaren Wohnraum
 - Daseinsvorsorge muss Staatsaufgabe bleiben. Kommunen müssen bei der Rekommunalisierung unterstützt werden.
 - Schnelles Internet auch für den ländlichen Raum
- 30 5. Rechtsruck bekämpfen
 - Keine weitere Verschärfung des Asylrechts
 - Offensiv gegen AfD angehen und Kooperation in Parlamenten klar ausschließen
 - Offensiv gegen nationalistische Regierungen in der EU kämpfen
- 35 6. Europa in den Mittelpunkt rücken
 - Ende der permanenten Großen Koalition im Europäischen Parlament
 - Solidarität mit von der Austeritätspolitik betroffenen Ländern
 - Stärkung des Europäischen Parlaments

- Konkrete Reformschritte in Richtung einer Europäischen Republik

Darüber hinaus muss sich die SPD auch inhaltlich erneuern. Das bedeutet konkret:

1. Parteitage reformieren
- 5
- Einführung von quotierten Redelisten
 - Kein automatisches Stimmrecht für Vorstandsmitglieder
 - Antragskommissionen sollen nur noch Anträge inhaltlich vorsortieren
2. Gremien repräsentativ machen
- Begrenzung von Mandatsträger*innen in den Vorständen
- 10
- Juso-Vorsitzende müssen geborene Mitglieder geschäftsführenden Vorstände werden
 - Mehr Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund in Verantwortung

Nur gemeinsam kann es gelingen die Geschichte der Sozialdemokratie weiterzuschreiben. Aber dies gelingt nur mit einer Erneuerung.